

KAMMERREPORT

HANSEATISCHE

RECHTSANWALTSKAMMER

HAMBURG

AUSGABE 2

17. MÄRZ 2011

INHALT

Geschäftsbericht S. 1

Rechnungslegung S. 22

Ansprechpartner S. 40

Geschäftsbericht

Rechnungslegung

2010

info@rak-hamburg.de
www.rak-hamburg.de



Der Kammervorstand berichtet über die Schwerpunkte seiner Arbeit im Geschäftsjahr 2010.

Rechtspolitik

Die aufgrund der Einfügung des §§ 191 f in die BRAO erfolgte Einrichtung der "Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft" hat im Jahr 2010 Gestalt angenommen: Die Bundesrechtsanwaltskammer hat Räume angemietet und die personelle Handlungsfähigkeit der Schlichtungsstelle hergestellt. Der Präsident der Bundesrechtsanwaltskammer hat Frau Dr. Renate Jäger, früher Richterin am Bundesverfassungsgericht und anschließend bis zum 31.12.2010 Richterin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, zur Schlichterin ernannt.

Die Schlichtungsstelle konnte ihre Tätigkeit jedoch erst zum 1. Januar 2011 aufnehmen, da Frau Jäger nicht früher zur Verfügung stand. In der Zwischenzeit hat die Schlichtungsstelle eine Internetseite eingerichtet (www.schlichtungsstelle-der-rechtsanwaltschaft.de), auf der Sie sich ausführlich über die Aufgabenbereiche der Schlichtungsstelle, die Satzung und die dort tätigen Mitarbeiterinnen unterrichten können.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit wird voraussichtlich im Bereich der Bearbeitung von Eingaben betreffend Schlechtleistungen von Rechtsanwälten liegen.

Bis zum Jahresende 2010 waren insgesamt 300 Eingaben eingegangen, die seit Jahresbeginn 2011 abgearbeitet werden.

Die Kosten der Schlichtungsstelle werden aus Kammerbeiträgen bestritten. Das Verfahren selbst ist kostenfrei.

Neben dem Berliner Schlichtungsverfahren gibt es nach wie vor eine umfangreiche Vermittlungstätigkeit der regionalen Rechtsanwaltskammern.

Der Kammervorstand hofft, dass durch die neue Schlichtungsstelle möglichst viele bisher zwischen Rechtsanwälten und Mandanten vor den ordentlichen Gerichten ausgetragene Streitigkeiten außergerichtlich erledigt werden können. Deshalb wird nachdrücklich daran gearbeitet, dass die Haftpflichtversicherer die Entscheidungen der Schlichtungsstelle akzeptieren. Noch steht eine solche Erklärung jedoch aus.



Die Bundesregierung hat ihre Ankündigung in die Tat angesetzt, im Bereich des gesetzlichen Schutzes des Anwaltsgeheimnisses die Differenzierung zwischen Strafverteidigern und Rechtsanwälten im Allgemeinen aufzuheben.

Diese im Zuge der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismus erstmalig vorgenommene Ungleichbehandlung innerhalb der Rechtsanwaltschaft ist von Anbeginn an von den Organisationen der Anwaltschaft heftig kritisiert worden. Die Bundesregierung und insbesondere die Bundesjustizministerin, Frau Leutheusser-Schnarrenberger, haben Wort gehalten, hier wieder für gerechte Verhältnisse zu sorgen.



In den Bereich der Rechtspolitik gehören ebenfalls die einvernehmlich von BRAK und DAV im Interesse der Sache hinter verschlossenen Türen weitergeführten Bemühungen, eine Erhöhung der Rechtsanwaltsgebühren durch eine Änderung des RVG zu erreichen. Hierbei stehen sowohl strukturelle Elemente (Verbesserung der Gebührenstruktur im sozialrechtlichen Bereich sowie bei aufwändigen Zivilverfahren mit Beweisaufnahme), als auch eine lineare Erhöhung der Tabellenwerte auf der Agenda.

In den politischen Gesprächen mit den maßgeblichen Entscheidungsträgern ist die Notwendigkeit einer Gebührenerhöhung im Detail begründet worden.

Der Vorschlag wird jetzt im BMJ und den parlamentarischen Stellen beraten. Dass eine Anpassung kommen wird, ist im Ministerium beschlossene Sache; wann, ist noch offen.

IMPRESSUM

KAMMERREPORT

erscheint vierteljährlich

Herausgeber:

Hanseatische
Rechtsanwaltskammer

Der Präsident

Bleichenbrücke 9

20354 Hamburg

Tel 040-35 74 41-0

Fax 040-35 74 41-41



Auf dem Deutschen Juristentag im September 2010 in Berlin war auch das Berufsrecht der freien Berufe ein Thema. Die unter Vorsitz des ehemaligen DAV-Präsidenten Rechtsanwalt Dr. Felix Busse tagende Arbeitsgruppe hatte die derzeit in der Anwaltschaft besonders kontrovers diskutierten Themen wie die Ethik in der anwaltlichen Berufsausübung, die Fremdkapitalbeteiligung an Anwaltsgesellschaften und die Erweiterung des Kreises der sozietätsfähigen Berufe zum Gegenstand.

Die Beschlüsse der berufsrechtlichen Arbeitsgruppe des Juristentages spiegeln die Diskussion jedoch nicht vollständig wieder, da an der Abstimmung selbst zahlreiche Mitglieder der Berufsgruppe der Notare teilnahmen, die sich an der Diskussion selbst zuvor nicht beteiligt hatten.



Auf europäischer Ebene standen im vergangenen Jahr zunächst die Bemühungen im Vordergrund, die Maßnahmen zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie zum Abschluss zu bringen. In allen Bundesländern sind so genannte "einheitliche Ansprechpartner" eingerichtet worden. In Hamburg gibt es je eine Geschäftsstelle in der Handels- und der Handwerkskammer. Darüber hinaus ist eine gut funktionierende elektronische Infrastruktur erstellt worden, die die elektronische Abwicklung von Verfahren ermöglicht. Einzelheiten finden Sie auf den Seiten „www.Hamburg.de“ oder der Handelskammer „www.hk24.de“ unter dem Suchbegriff „Einheitlicher Ansprechpartner“. In der Praxis wird diese neue Möglichkeit zur Bündelung von Behördenverfahren jedoch so gut wie gar nicht genutzt. Dies gilt sowohl für die Wirtschaftskammern, als auch für die Rechtsanwaltskammer. In der Rechtsanwaltskammer ist im Jahre 2010 kein einziges Verfahren über den einheitlichen Ansprechpartner abgewickelt worden. Der Nutzen dieser vom Grundgedanken her positiven Einrichtung ist offensichtlich also für die Teilnehmer am Rechtsverkehr bisher auch nicht im Ansatz erkennbar.



Darüber hinaus ist in den europäischen Ländern zunehmend die Diskussion um die Fremdkapitalbeteiligung an Anwaltsgesellschaften entbrannt.

In Deutschland ist ebenso wie in den meisten anderen europäischen Ländern diese Form der Finanzierung von anwaltlichen Berufsausübungsgemeinschaften nicht erlaubt. In Großbritannien ist durch das infolge des sogenannten "Clementi-Reports" verabschiedete Gesetz die Möglichkeit von sogenannten alternative business structures (ABS) geschaffen worden. Damit können Kapitalgeber sich an Anwaltsgesellschaften beteiligen.

Zwischenzeitlich wächst allerdings auch in der britischen Anwaltschaft die Erkenntnis, dass diese zunächst als Fortschritt empfundene Möglichkeit sich in Wahrheit nachteilig auf die englische Anwaltschaft auswirkt: Englische Sozietäten mit Fremdkapitalbeteiligung werden erhebliche berufsrechtliche Schwierigkeiten haben, in denjenigen anderen Ländern, in denen diese Form der Zusammenarbeit nicht erlaubt ist, ihre Beratungs- und Vertretungstätigkeit fortsetzen zu können.

Auch allein auf die nationale Tätigkeit bezogen wachsen die Zweifel an der Sinnhaftigkeit der Fremdkapitalbeteiligung. Die tatsächlichen Vorteile treten gegenüber den Verlusten für die anwaltliche Unabhängigkeit und das Ansehen der Berufsangehörigen deutlich in den Hintergrund. Über diese Beurteilung sind sich - nota bene - die Vertreter aller Sektionen der Anwaltschaft, also sowohl die Mitglieder großer internationaler Wirtschaftssozietäten, als auch rein lokal tätige Einzelanwälte ganz überwiegend einig.



Auf Hamburger Ebene hat der Verein zur Förderung des Rechtsstandortes Hamburg seine Tätigkeit gefestigt und eine Internetseite erstellt (www.rechtsstandort-hamburg.de).

Die infolge des Ersten Hamburger Mediationstages vom 21. Januar 2009 gegründete "Hamburger Mediationszentrale (MZH)" hat ebenfalls Ihre Arbeit aufgenommen und eine Liste der in Hamburg und Umgebung tätigen Mediatoren im Internet (www.mediationszentrale-hamburg.de) bereitgestellt.

Juristenausbildung

Im Bereich der Juristenausbildung hat es im vergangenen Kalenderjahr keine neuen Entwicklungen gegeben. Durch die breite Kritik an der Verschulung des Universitätsstudiums infolge der Einführung der sogenannten Bachelor- und Masterabschlüsse hat sich die Diskussion um die Übertragung dieses Modells auf das Jurastudium (und die Referendarausbildung) deutlich beruhigt.

Auch die Diskussion um Zugangsbeschränkungen zum Anwaltsberuf insbesondere durch eine sogenannte „Spartenausbildung“ ist im letzten Jahr nicht mehr geführt worden.

Berufsrecht

Wesentliche neue Regelungen sind im Jahr 2010 nicht verabschiedet worden.

Die Entwicklung des Berufsrechts war vielmehr durch eine Überarbeitung der Fachanwaltsordnung durch die Satzungsversammlung bestimmt.

Die Satzungsversammlung hat im Juni 2010 ein Konzept für die Neufassung der Fachanwaltsordnung beschlossen. Danach sollen - die Verabschiedung des Konzeptes und die Schaffung der dafür erforderlichen gesetzlichen Grundlage durch das Bundesministerium der Justiz vorausgesetzt - die bisher im Rahmen der Fachlehrgänge gemäß § 4 FAO erbrachten Leistungskontrollen (§ 4a FAO) künftig nicht mehr von den Lehrgangsveranstaltern, sondern durch eine bei der BRAK angesiedelte sogenannte "Aufgabenkommission" gestellt und bewertet werden.

Damit soll eine größere Gleichheit der Bewertung zwischen den Teilnehmern der verschiedenen Fachlehrgänge und den Angehörigen der verschiedenen Rechtsanwaltskammern erreicht werden.

Das Konzept wurde von der Satzungsversammlung mit großer Mehrheit beschlossen.

Die Umsetzung setzt allerdings voraus, dass das Bundesministerium der Justiz zuvor in § 43 c BRAO die erforderliche gesetzliche Grundlage schafft. Von der Satzungsversammlung beauftragte Vertreter sind hierzu in Gespräche mit dem BMJ eingetreten.

Ob und wann es zur Umsetzung dieses Konzeptes kommt, ist daher noch ungewiss.

Im Jahre 2010 gehörten der Satzungsversammlung folgende Hamburger Mitglieder an:

Otmar Kury, Hartmut Scharmer, Corinna Struck (bis März 2010), Dr. Axel Holtz (ab März 2010), Dr. Henning von Wedel, Dr. Kai Greve, Thomas Bliwier, Dr. Werner Neubauer, Friedrich Engelke und Nikolaus Piontek



Ebenfalls wurde im Jahr 2010 in den Gremien der Anwaltschaft, und zwar sowohl in den Kammern, als auch im DAV und der Fachliteratur eine Diskussion um "Ethik in der anwaltlichen Berufsausübung" geführt.

Die Diskussion geht darauf zurück, dass die BRAO und die Berufsordnung lediglich gesetzliche Kernpflichten enthalten und darüber hinausgehende, in den Bereich der Ethik fallende Regelungen seit 1987 nicht mehr enthalten.

Teile der Anwaltschaft empfinden dies als Manko.

Ob und in welcher Form solche ethischen Grundsätze (wieder) eingeführt werden sollen, ist sehr umstritten. Ebenso umstritten ist, welche Rechtsnatur diese Grundsätze bekommen und ob sie „verschriftet“ werden sollen.



Schließlich gab es im vergangenen Jahr eine sehr kontroverse Diskussion um die Zulässigkeit der Verwendung weiterer qualifizierender Zusätze zur Berufsbezeichnung, insbesondere sogenannter "Zertifizierungen".

Der Wettbewerb in der Anwaltschaft veranlasst immer wieder und immer mehr Kolleginnen und Kollegen dazu, ihr Profil am Markt dadurch zu schärfen, dass sie neben oder anstelle Fachanwaltsbezeichnungen weitere qualifizierende Zusätze verwenden wollen.

Nach der Rechtsprechung ist dies weitgehend zulässig.

Ob der Sache der Anwaltschaft insgesamt damit gedient ist oder hier im Interesse der Transparenz gegenüber den Mandanten eine Beschränkung erforderlich sein sollte, wird heftig diskutiert.



In der Diskussion ist auch die Frage, ob Rechtsanwälte ein eigenes, nicht aus dem Mandatsgeheimnis abgeleitetes Schweigerecht erhalten sollen. Auch hierzu sind die Meinungen in der Anwaltschaft sehr geteilt. Der Hamburger Kammervorstand hält an der traditionellen Auffassung fest, dass allein der Mandant durch die Erteilung des Auftrages, das Anvertrauen von Geheimnissen und gegebenenfalls die Entbindung von der Schweigepflicht über eine Aussageberechtigung seines Rechtsanwaltes entscheidet.



Eine bemerkenswerte Neuerung hat es im Bereich der Kammeraufgaben gegeben: Die im Mai 2010 in Kraft getretene Verordnung über die Informationspflichten nach der Dienstleistungsrichtlinie sieht vor, dass Verstöße gegen die Informationspflichten mit einem Bußgeld geahndet werden können. Durch das Gesetz zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie in der Justiz sind die Rechtsanwaltskammern mit der Aufgaben betraut worden, für die Anwaltsbranche die Aufgabe der Bußgeldbehörde wahrzunehmen. In der Konsequenz bedeutet dies, dass die Kammer für den Fall festgestellter Verstöße einen formellen Bußgeldbescheid zu erlassen hat und auch die Durchsetzung des Bußgeldbescheides betreiben muss. Ob es zum Aufgabenbereich und Selbstverständnis einer Kammer gehört, in diesem Sinne ihren Mitgliedern außerhalb und mit anderen Mitteln als dem anwaltlichen Berufsrecht gegenüber zu treten, war im Kammervorstand außerordentlich umstritten. Durch die bundesgesetzliche Regelung hat sich das Thema allerdings erledigt. Konkrete Fälle gab es im Berichtsjahr noch nicht.

Service

Im August 2010 ist die Internet-Präsenz der Kammer grundlegend modernisiert worden. Damit verbunden war die Abkürzung der Internetadressen, die Sie auf der Rückseite eines jeden Kammerreportes und auch dieses Geschäftsberichtes finden. Allerdings sind die bisherigen Internetadressen nach wie vor benutzbar, da insoweit eine Weiterleitung geschaltet wurde.

Der Vorstand hat sein Informationsangebot mit der neuen Internetseite sowohl für Kollegen, als auch für Bürger auf der neuen Seite deutlich ausgeweitet.

Das Ziel für 2011 ist, für alle Kolleginnen und Kollegen auf der Internetseite ein "Berufsrechts-ABC" bereitzustellen, welches die Auffassung des Kammervorstandes zu den wichtigsten berufsrechtlichen Fragen leicht zugänglich werden lässt. Selbstverständlich besteht daneben und darüber hinaus weiterhin die Möglichkeit, im Einzelfall Beratung bei der Kammergeschäftsstelle durch die dort tätigen Geschäftsführer anzufordern.



Der modernisierte Internetauftritt der Kammer enthält auch ein Forum für junge Rechtsanwälte. Die Idee hierzu ist auf einem der Begrüßungsabende für Berufsanfänger entstanden: Hier wurde ein starkes Interesse am Erfahrungsaustausch mit gleichaltrigen zu praktischen Fragen des Berufseinstieges geäußert. Brauche ich eine zweite Berufshaftpflicht? Wie viel musst Du arbeiten? Was machst Du bei Interessenkollisionen? Um diese und viele andere Frage beantworten zu können, muss nicht jede/er das Rad neu erfinden.

Um in dem ohnehin schon stressigen Berufsalltag hier leichter Antworten finden zu können, haben sich insgesamt eine junge Kolleginnen sowie zwei junge Kollegen bereiterklärt, als "Ansprechpartner" für ihre Altersgenossinnen und -genossen bei Fragen berufsrechtlicher und auch sonstiger praktischer Natur zur Verfügung zu stehen.

Der Kammervorstand ist der Überzeugung, dass ein Erfahrungsaustausch unter Gleichaltrigen und Gleichfahrenen hilfreich ist und zwangloser stattfindet, als auf dem "offiziellen" Weg über die Rechtsanwaltskammer.

Die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer ihrerseits stehen den "Jugendberatern" mit Rat und Tat zur Verfügung und helfen weiter, wenn die bei der Kammer vorhandenen Erfahrungen gebraucht werden.



Seit Jahresbeginn 2010 wird auf der Internetseite der Kammer die Liste derjenigen Kolleginnen und Kollegen bereitgestellt, die zur Übernahme von Pflichtverteidigungsmandaten bereit sind. Diese Liste wird alle zwei Wochen aktualisiert.

Jeweils sind die Telekommunikationsdaten, eine eventuelle Fachanwaltsbezeichnung sowie - besonders wichtig für die Rechtssuchenden - Fremdsprachenkenntnisse angegeben.

Die Liste wird auch den Gerichten und den Polizeidienststellen zur Verfügung gestellt und ist für jedermann auf der Internetseite der Kammer im Abschnitt "Bürgerservice" einsehbar.



Für neu zugelassene Kolleginnen und Kollegen sind auch im vergangenen Jahr zwei Begrüßungsabende im Hotel Steigenberger ausgerichtet worden. Beide Veranstaltungen waren gut besucht. Sie sind ein Forum für Berufsanfänger, erste berufliche Erfahrungen auszutauschen und Kontakte zu knüpfen.



Die "Bürgersprechstunde" wurde auch im Jahr 2010 von der Geschäftsführung der Kammer weitergeführt. Insgesamt haben 80 Gespräche stattgefunden.

Bei bestehenden Mandatsverhältnissen ist die Beratung in erster Linie darauf gerichtet, mögliche Kommunikationsstörungen zu beseitigen und den Mandanten zu empfehlen, Kritikpunkte an der Mandatsführung mit dem betroffenen Rechtsanwalt selbst zu besprechen. Häufig werden auch gebührenrechtliche Fragen gestellt, die dann entweder direkt im Gespräch oder nach Rücksprache mit dem betroffenen Anwaltskollegen geklärt werden können.



Die Kammer ist mit einem Stammkapitalanteil von 20.000 € Mitglied in der "Bürgerschaftsgemeinschaft Hamburg". Die Bürgerschaftsgemeinschaft übernimmt für Existenzgründer Bürgschaften als Absicherung für Existenzgründungskredite. Da diese Kredite auch von Rechtsanwälten in Anspruch genommen werden, ist im Dezember 2010 beschlossen worden, dass ein Mitglied der Geschäftsführung im Bewilligungsausschuss der Bürgerschaftsgemeinschaft tätig werden soll. Diese Verzahnung ist für die Beratungstätigkeit der Kammer für anwaltliche Existenzgründer ausgesprochen hilfreich.



Auch im Jahre 2010 hat der Kammervorstand an die Mitglieder laufend neue Anwaltsausweise ausgegeben, wenn deren Geltungsdauer abgelaufen war und die Ausstellung eines neuen Ausweises beantragt wurde.

Insgesamt waren dies im Jahre 2010 897 Ausweise. Die Ausweise werden im Auftrage der Kammer von der Datev im Scheckkartenformat produziert und erfüllen zugleich die Aufgabe eines "Europäischen Anwaltsausweises". Auf Wunsch wird der Ausweis zugleich auch mit der Funktion einer elektronischen Signaturkarte versehen. Daneben stellt die Geschäftsstelle im Bedarfsfall für Eilfälle provisorische Ausweise mit einer Geltungsdauer von 6 Monaten aus.

Der Vorstand hat entschieden, diesen Service nicht mit einer besonderen Gebühr - wie in anderen Kammerbezirken üblich - zu belegen, sondern die Kosten aus den laufenden Kammerbeiträgen zu begleichen.

Gründertage

Die Kammer organisiert jährlich die Teilnahme von Rechtsanwälten an den "Hamburger Gründertagen", die von der "Hamburger Existenzgründerinitiative" in der Handelskammer veranstaltet werden.

Es gibt dort einen Informationstand, auf dem die anwaltliche Dienstleistung bei Existenzgründungen beschrieben und Kollegen für "Abdruck Ratschläge" bereitstehen.

Für das Image der Rechtsanwälte ist die Präsenz bei dieser Veranstaltung außerordentlich wichtig.

Unerlaubte Rechtsberatung

Die Kammer hat im Jahre 2010 in 14 Fällen Abmahnungen wegen Verstoßes gegen das Rechtsdienstleistungsgesetz ausgesprochen.

In sechs Fällen wurde der Erlass einer einstweiligen Verfügung bei dem Landgericht Hamburg erwirkt. In einem Fall hat der Kammervorstand in anhängig gemachten Hauptsacheverfahren gesiegt.

Besonderer Erwähnung bedarf, dass beim Landgericht Hamburg durch die Hanseatische Rechtsanwaltskammer eine Klage gegen die Hamburger Sparkasse anhängig gemacht worden ist, die für die an ihrem sogenannten "Joker-Programm" teilnehmenden Kunden einen "Rechtsberatungsservice" in Zusammenarbeit mit der Rechtsschutzversicherung ÖRAG anbietet. Die Kammer hält das Angebot für unzulässig. Die im Jahre 2009 und 2010 geführten außergerichtlichen Verhandlungen haben zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt, sodass eine Klagerhebung geboten war.

Internationales

Im Rahmen seiner Aufgaben misst der Kammervorstand der Internationalen Rechtsentwicklung und Rechtspflege in einer zusammenwachsenden Welt große Bedeutung bei.

Verein Rechtsstandort Hamburg

Die Hanseatische Rechtsanwaltskammer ist Vereinsmitglied. Gemeinsam mit anderen Institutionen wirbt sie für die am Rechtsstandort Hamburg vorhandene juristische Kompetenz. Sie fördert das Interesse an Hamburger Schiedsgerichten, Gerichtsstandsvereinbarungen und an der guten qualifizierten Hamburger Anwaltschaft. Der Kammervorstand ist durch ein Mitglied auch im Vereinsvorstand vertreten.

•

Rechtsanwaltskammer Gdansk (Danzig) / Polen

Inzwischen hat sich eine vertrauensvolle Ebene der Zusammenarbeit der beiden Kammern in den alten Hansestädten entwickelt, die vor allem der grenzüberschreitenden Kooperation der Anwaltschaften dienen soll. Im Mai 2011 wird in Gdansk ein weiterer deutsch-polnischer Rechtsaustausch stattfinden. An Ihm nehmen die beiden Kammern mit Referenten und Vorträgen teil. Die Hamburger Anwaltschaft ist herzlich eingeladen.

•

Israel Bar

Der Hamburger Kammervorstand legt großen Wert auf die Pflege der Beziehung zur Israel Bar. Auf deren Einladung nahmen Vorstandsmitglieder im Mai 2010 dort an einer Internationalen Anwaltskonferenz teil. Anlässlich der Tagung der deutsch-israelischen Juristenvereinigung im September 2010 besuchte der Kammerpräsident mit den Gästen das frühere Konzentrationslager Bergen-Belsen. 2011 wird der weiteren Förderung der Beziehungen zu den israelischen Rechtsanwälten dienen. Der Kammerpräsident und der Vizepräsident nahmen im Februar an der 50-Jahrfeier der Israel Bar teil. Kosten sind der Kammer hierdurch nicht erwachsen.

•

Deutsch-chinesischer Rechtsstaatsdialog

Der Rechtsstaatsdialog mit China liegt im ureigenen Interesse der Deutschen Anwaltschaft, deshalb war die Hanseatische Rechtsanwaltskammer auch im letzten Jahr aktiv. Im März 2010 richtete sie in der chinesischen Hafenstadt Tianjin in Zusammenarbeit mit der China Europe School of Law (CESL) eine zwei tägige Arbeitstagung zu den Themen „Die Rolle des Rechtsanwaltes in Staat und Gesellschaft“ und „Die Grundlagen der europäischen Rechtsverständnisses“ aus. Die Veranstaltung stieß vor allem bei jungen chinesischen Juristen auf sehr großes Interesse. Für die Kammer trugen die Vorstandsmitglieder Frau Meyer, Dr. Brödermann, Dr. von Wedel und der Kammerpräsident vor. Im Mai 2011 soll die Veranstaltung in Shanghai wiederholt werden. Die Reisekosten trägt die CESL.

•

Im November 2010 wurde der deutsch-chinesische Rechtsdialog in Berlin fortgesetzt. Obwohl vereinbart worden war, dass die Rolle des Rechtsanwaltes im Mittelpunkt der Erörterungen stehen sollte, lehnte die chinesische Seite dann überraschend ab und wollte das Wettbewerbsrecht behandeln. Die BRAK und der DAV insistierten und fanden dabei die Unterstützung des Bundesministeriums der Justiz. Im Rahmen eines Kompromisses wurden die anwaltliche Selbstverwaltung und wettbewerbsrechtliche Fragen Verhandlungsgegenstand. Aus Hamburg nahm der Kammerpräsident an der Veranstaltung teil.

•

Das vom Kammervorstand und maßgeblich durch dessen Mitglied Dr. Brödermann initiierte Projekt des Chinese European Arbitration Centre (CEAC) ist auch im Jahr 2010 intensiv gefördert worden. Auf internationalen Veranstaltungen der IBA wurden viele neue Unterstützer geworben. Das CEAC begegnet bei den in der Schiedsgerichtsbarkeit tätigen Anwaltskanzleien großer Aufgeschlossenheit. Um dem Interesse zu dienen, wurde eine Gruppe "Young CEAC" gegründet, in der Anwälte aus aller Welt Mitglied sind (für nähere Informationen: www.ceac-arbitration.com) Kosten erwachsen der Kammer auch hierfür nicht.

•

Rechtsstaatsdialog Vietnam

Auf Bitten der Bundesrechtsanwaltskammer nimmt der Präsident der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer seit geraumer Zeit am vietnamesisch-deutschen Rechtsstaatsdialog teil. Im November 2010 fand in Berlin eine zweitägige Konferenz statt, die die Entwicklungen des vietnamesischen Strafprozesses und Anwaltsrechtes zum Gegenstand hatte. Für März 2011 sind weitere Arbeitssitzungen in Berlin geplant

•

CCBE (Rechtsanwälte Europäische Union)

Für die Hamburger Kammer und als Vertreter der BRAK nahm Vizepräsident Dr. Lemke an mehreren Sitzungen des IT-Law Komitee des CCBE teil. Die Berufsregeln der Rechtsanwälte der Europäischen Union (CCBE) gelten auch in Deutschland. Vizepräsident Dr. Lemke abtettet auch im CCBE-Ausschuss „EU-Anwaltsregister der Kommission“ mit.

Vermittlungen

Zu den gesetzlichen Aufgaben der Kammer gehört es auch, bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Kolleginnen bzw. Kollegen und den Auftraggebern zu vermitteln (§ 73 Abs. 2 Zf. 2 und 3 BRAO).

Vor allen Dingen nimmt der Kammervorstand diese Aufgabe bei Meinungsverschiedenheiten über die Höhe von Gebührenrechnungen wahr.

Rein praktisch werden diese Vermittlungen in der Weise durchgeführt, dass die Geschäftsführung bei Beanstandungen an Gebührenrechnungen die Mandanten zunächst bittet, ihre Kritik schriftlich vorzutragen und die Rechnung einzureichen.

Sodann wird durch den zuständigen Geschäftsführer ein Vermittlungsvorschlag unterbreitet, den beide Seiten annehmen können. In der Mehrzahl der Fälle wird der Vorschlag von beiden Seiten akzeptiert, sodass eine weitere streitige Auseinandersetzung vermieden werden kann. In Zahlen stellt sich die Vermittlungstätigkeit wie folgt dar:

Im Jahr 2010 ist in 152 Fällen entweder schriftlich vermittelt oder im Gespräch mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen bzw. nach schriftlicher Stellungnahme ein Vermittlungsvorschlag unterbreitet worden.

Einzelne Vorstandsmitglieder vermitteln außerdem bei Sozietätstrennungen oder Meinungsverschiedenheiten, z.B. über die Auslegung von Trennungvereinbarungen ehemaliger Sozien.

Zum 1. September 2009 ist § 73 Abs. 5 BRAO für den Bereich der Vermittlungsverfahren eingeführt worden: Danach muss ein Beschwerdeverfahren auch eingeleitet werden, wenn das betroffene Mitglied nicht einverstanden ist.

Für den Fall, dass ein Kammermitglied zu einem ihn betreffendes Vermittlungsgesuch von einer Äußerung absieht, kann der Kammervorstand nach dem ebenfalls im September 2009 neu eingefügten § 56 Abs. 2 BRAO das persönliche Erscheinen des betroffenen Kollegen vor dem Kammervorstand anordnen.

Bislang hat der Vorstand von diesen Möglichkeiten allerdings nicht Gebrauch gemacht.

Von Bedeutung für die Schlichtungstätigkeit des Kammervorstandes ist weiterhin, dass ebenfalls mit Wirkung vom 01.09.2009 bei der Bundesrechtsanwaltskammer die unabhängige Stelle zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Mitgliedern von Rechtsanwaltskammern und deren Auftraggebern eingerichtet worden ist (§ 191 f BRAO).

Die Schlichtungsstelle hat ihren Betrieb im Berichtsjahr noch nicht aufgenommen.

Wie sich in Zukunft das Verhältnis zwischen den regionalen Schlichtungsverfahren und den vor der Schlichtungsstelle der BRAK geführten Schlichtungsverfahren darstellen wird, ist noch nicht geklärt. Sicher ist nur, dass Schlichtungen nach wie vor von den regionalen Kammervorständen angeboten werden müssen.

Die Kompetenz der Schlichtungsstelle der Anwaltschaft in Berlin erstreckt sich vor allen Dingen auf Fälle der so genannten "anwaltlichen Schlechtleistung".

Für diesen Bereich ist jedoch seit der gesetzlichen Neuregelung vom 1. September 2009 daneben weiterhin der Vorstand der regionalen Rechtsanwaltskammern zuständig.

Allerdings hat der Vorstand der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer bislang Schlichtungen in diesem Bereich nicht durchgeführt, da es keine entsprechende Anfragen gab.

Die Mandanten haben hinsichtlich des von ihnen zu bevorzugenden Schlichtungsverfahrens die Wahl zwischen den beiden Schlichtungswegen.

Häufig wird es sich allerdings als günstiger herausstellen, das Verfahren bei der von der früheren Bundesverfassungsrichterin Frau Dr. Renate Jäger geleiteten und mit hauptamtlichen Mitarbeitern ausgestatteten Berliner Schlichtungsstelle zu wählen.

Beschwerdeverfahren

Wie in den vergangenen Jahren bindet die Bearbeitung von Beschwerden über Rechtsanwälte einen Großteil der Arbeitskapazität des Kammervorstandes und der Geschäftsführung.

Die Gesamtzahl der eingegangenen Beschwerden ist im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen.

Einen Großteil der Eingaben machen immer noch Beschwerden gegen Anwälte aus, die vermeintlich oder tatsächlich unberechtigte Forderungen aus so genannten "Abofallen" oder der Verletzung von Urheberrechten geltend machen.

Die Statistik im Übrigen sieht wie folgt aus :

	2009	2010
Im Berichtsjahr eingegangene Beschwerden	664	569
aus den Vorjahren übernommen	<u>381</u>	<u>281</u>
insgesamt zu bearbeiten gewesen waren:	1045	850
Davon als unschlüssig zurückgewiesen ohne Stellungnahme der betroffenen Rechtsanwälte	469	478
nach Stellungnahme als unbegründet zurückgewiesen	53	32
aus dem Vorjahr als unbegründet zurückgewiesen	106	67
Rügen gemäß § 74 BRAO	44	48
an die Generalstaatsanwaltschaft abgegeben zur Einleitung eines anwaltsgerichtlichen Ermittlungsverfahrens	15	43
Erteilte Belehrungen gemäß § 73 Abs. 2 Ziff. 1 BRAO	1	1
sonstige Erledigung	<u>76</u>	<u>53</u>
insgesamt abgeschlossen wurden	764	722

Der Rest von 128 Akten ist am 31. Dezember 2010 noch anhängig gewesen.

Seit der Vorstandswahl vom April 2010 besteht der Kammervorstand nur aus 21 (statt 24) Mitgliedern.

Infolge dessen musste der Vorstand die Zahl der Beschwerdeabteilungen verringern. Es sind jetzt nur noch drei (statt bis zur Kammerversammlung vier Beschwerdeabteilungen) gebildet, die am 31. Dezember 2010 wie folgt besetzt waren:

Abteilung 1 (A bis G)

Dr. Henning von Wedel (Vorsitzender)
Dr. Martin Soppe
Dr. Ellen Braun

Abteilung 2 (H bis Q)

Annette Voges (Vorsitzende)
Dr. Carsten Harms
Volker von Alvensleben

Abteilung 3 (R bis Z)

Malte Nehls (Vorsitzender)
Dr. iur. h.c. Gerhard Strate
Rüdiger Ludwig

Gebührengutachten

Zu den Aufgaben des Kammervorstandes gehört es weiter, auf gerichtliche Anforderung Gebührengutachten vor allem in Honorarprozessen zu erstatten (§ 73 Abs. 2 Nr. 8 BRAO).

Die hierfür eingerichteten Gebührenabteilungen erstatten diese Gutachten vorwiegend zur Angemessenheit von Rahmengebühren (§ 14 RVG) im Bereich der Ziffern 2100 ff, 2200 ff, 2300 f, 2400 f sowie 4100 ff des VV RVG.

Diese von den Gerichten angeforderten Gutachten werden kostenlos erstattet. Sie sind oftmals hochkompliziert und umfangreich und belasten die Mitglieder der Gebührenabteilungen erheblich.

Der besonderen Erwähnung bedarf, dass die Mitglieder der Gebührenabteilungen darüber hinaus den Kolleginnen und Kollegen auch für Gebührenauskünfte oder Schlichtungen (meist über die Kammergeschäftsstelle) zur Verfügung stehen und in Einzelfällen bei Streitigkeiten z.B. über die Auslegung von Honorarvereinbarungen in analoger Anwendung von § 4 Abs. 3 RVG persönlich vermitteln.

Den Geschäftsanfall im Einzelnen entnehmen Sie bitte der nachfolgenden Aufstellung:

Aus den Vorjahren übernommene Gutachten	12	
Gerichtliche Gutachtenanforderungen 2010		
- Erstgutachten	30	
- Ergänzungsgutachten	<u>3</u>	
- insgesamt in 2010 zu erstatten	45	45
davon Gutachten erstattet		
- aus den Vorjahren	12	
- aus 2010	17	
ohne Gutachten zurück ans Gericht gingen	<u>0</u>	
Im Jahre 2010 insgesamt erledigt	29	<u>29</u>
Am 31. Dezember 2010 noch offene Gebührengutachten		16

Der Kammervorstand hat gemäß § 77 Abs. 1 BRAO drei Gebührenabteilungen gebildet, denen am 31. Dezember 2010 folgende Kollegen angehörten:

Gebührenabteilung 1

Jan H. Kern (Vorsitzender)
Gerd Uecker
Dr. Christian Lemke

Gebührenabteilung 2

Dr. Eckart Brödermann (Vorsitzender)
Andrea Meyer
Dr. Sabine Kramer

Gebührenabteilung 3

Annette Teichler (Vorsitzende)
Miriam B. Jahn
Reinhard Titz

Zusammensetzung des Vorstandes

Im Jahr 2010 hat es in der Geschichte des Vorstandes der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer eine tiefe Zäsur gegeben: Das seit 1949 praktizierte System der jährlichen Vorstandswahlen ist auf einen 2-jährigen Rhythmus umgestellt worden. Der Bundesgerichtshof hat in den die Vorstandswahl 2007 betreffenden Wahlanfechtungsverfahren im Februar 2010 befunden, dass diese Umstellung nötig ist, um den Vorgaben des § 68 Abs. 2 BRAO zu entsprechen.

Sämtliche Vorstandsmitglieder haben deshalb im Februar 2010 zum 30. April 2010 ihre Ämter niedergelegt.

Auf der Kammerversammlung vom 27. April 2010 wurde der Vorstand insgesamt neu gewählt. Die Amtszeit der Hälfte der neu gewählten Mitglieder wurde durch das Los auf zwei Jahre, die Amtszeit der anderen Hälfte auf vier Jahre bestimmt.

Da die Wahl in den Vorstand die absoluten Mehrheit erfordert und nach dem dritten Wahlgang nur 21 Kandidaten dieses Quorum erreicht hatten, konnten in den drei Wahlgängen nur 21 der 24 Vorstandssitze besetzt werden.

+Drei Vorstandssitze des nach der Geschäftsordnung der Kammer 24-köpfigen Gremiums bleiben damit bis zur nächsten ordentlichen Vorstandswahl im Jahre 2012 unbesetzt.

Mit Wirkung vom 1. Mai 2010 gehören dem Kammervorstand damit an:

Rechtsanwalt Volker von Alvensleben (Amtszeit 2 Jahre)
Rechtsanwältin Dr. Ellen Braun (Amtszeit 4 Jahre)
Rechtsanwalt Dr. Eckart Brödermann (Amtszeit 2 Jahre)
Rechtsanwalt Axel C. Filges (Amtszeit 4 Jahre)
Rechtsanwalt Dr. Carsten Harms (Amtszeit 4 Jahre)
Rechtsanwalt Bernd-Ludwig Holle (Amtszeit 2 Jahre)
Rechtsanwältin Miriam B. Jahn (Amtszeit 2 Jahre)
Rechtsanwalt Jan Hinrich Kern (Amtszeit 4 Jahre)
Rechtsanwältin Dr. Sabine Kramer (Amtszeit 2 Jahre)
Rechtsanwalt Otmar Kury (Amtszeit 4 Jahre)
Rechtsanwalt Dr. Christian Lemke (Amtszeit 2 Jahre)
Rechtsanwalt Rüdiger Ludwig (Amtszeit 2 Jahre)
Rechtsanwältin Andrea Meyer (Amtszeit 4 Jahre)
Rechtsanwalt Malte Nehls (Amtszeit 2 Jahre)
Rechtsanwalt Dr. Martin Soppe (Amtszeit 2 Jahre)
Rechtsanwalt Dr. jur. h.c. Gerhard Strate (Amtszeit 4 Jahre)
Rechtsanwältin Annette Teichler (Amtszeit 2 Jahre)
Rechtsanwalt Reinhard Titz (Amtszeit 4 Jahre)
Rechtsanwalt Gerd Uecker (Amtszeit 4 Jahre)
Rechtsanwältin Annette Voges (Amtszeit 2 Jahre)
Rechtsanwalt Dr. Henning von Wedel (Amtszeit 4 Jahre)

Aufgrund dieser Unterbesetzung mussten die Abteilungen gemäß § 77 BRAO neu besetzt werden. Statt 4 Beschwerdeabteilungen gibt es nunmehr derer 3 (siehe hierzu Seite 10).

Auf der Vorstandssitzung Anfang Mai 2010 wurde das Präsidium wie folgt neu gewählt:

Rechtsanwalt Otmar Kury, Präsident
Rechtsanwältin Annette Voges, Vizepräsidentin
Rechtsanwalt Dr. Christian Lemke, Vizepräsident
Rechtsanwalt Bernd-Ludwig Holle, Schatzmeister
Rechtsanwalt Gerd Uecker, Schriftführer.

Trotz der vollkommenen Neukonstituierung des Kammervorstandes hat es auch im Jahr 2010 wieder eine Wahlanfechtung gegeben. Die Wahl dreier Vorstandsmitglieder ist von jeweils einem Kollegen angefochten worden, da der Wahlvorgang nicht "geheim" gewesen sei. Über den Anfechtungsantrag hat der Anwaltsgerichtshof bis zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Geschäftsberichtes nicht entschieden.

Der Geschäftsführung der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer gehörten im Jahre 2010 Herr Rechtsanwalt Jan-Ontjes Güldenzoph, Frau Rechtsanwältin Dr. Carolin Kenter, Frau Rechtsanwältin Dr. Anna Noster, Herr Rechtsanwalt Friedrich-Wilhelm Reineke sowie Herr Rechtsanwalt Hartmut Scharmer an. Frau Rechtsanwältin Dr. Noster war im Jahre 2010 in Elternzeit und wurde durch Herrn Rechtsanwalt Jan-Ontjes Güldenzoph vertreten.

Fachanwaltschaften

Im Berichtsjahr 2010 hat der Kammervorstand über Fachanwaltsanträge wie folgt entschieden:

Arbeitsrecht

Aus 2009 und davor übernommene Anträge	9
Im Jahre 2010 eingegangene Anträge	<u>28</u>
insgesamt im Jahre 2010 zu bearbeiten	37
Stattgaben	31
Rücknahme	<u>1</u>
Entscheidungen im Jahre 2010	32 <u>32</u>
Am 31. Dezember 2010 noch anhängig	5

Gewerblicher Rechtsschutz

Aus 2009 und davor übernommene Anträge	3
Im Jahre 2010 eingegangene Anträge	<u>12</u>
insgesamt im Jahre 2010 zu bearbeiten	15
Stattgaben	10
Ablehnungen	<u>0</u>
Entscheidungen im Jahre 2010	10 <u>10</u>
Am 31. Dezember 2010 noch anhängig	5

Bank- und Kapitalmarktrecht

Aus 2009 und davor übernommene Anträge	1
Im Jahre 2010 eingegangene Anträge	<u>10</u>
insgesamt im Jahre 2010 zu bearbeiten	11
Stattgaben	10
Ablehnungen	<u>0</u>
Entscheidungen im Jahre 2009	10 <u>10</u>
Am 31. Dezember 2010 noch anhängig	1

Handels- und Gesellschaftsrecht

Aus 2009 übernommene Anträge	5
Im Jahre 2010 eingegangene Anträge	<u>15</u>
insgesamt im Jahre 2010 zu bearbeiten	18
Stattgaben	15
Ablehnungen	<u>1</u>
Entscheidungen im Jahre 2010	16 <u>16</u>
Am 31. Dezember 2010 noch anhängig	2

Bau- und Architektenrecht

Aus 2009 und davor übernommene Anträge	6
Im Jahre 2010 eingegangene Anträge	<u>6</u>
insgesamt im Jahre 2010 zu bearbeiten	12
Stattgaben	9
Ablehnungen	<u>0</u>
Entscheidungen im Jahre 2010	9 <u>9</u>
Am 31. Dezember 2010 noch anhängig	3

Informationstechnologierecht

Aus 2009 und davor übernommene Anträge	2
Im Jahre 2010 eingegangene Anträge	<u>4</u>
insgesamt im Jahre 2010 zu bearbeiten	6
Stattgaben	2
Ablehnungen	<u>0</u>
Entscheidungen im Jahre 2010	2 <u>2</u>
Am 31. Dezember 2010 noch anhängig	4

Erbrecht

Aus 2009 und davor übernommene Anträge	3
Im Jahre 2010 eingegangene Anträge	<u>8</u>
insgesamt im Jahre 2010 zu bearbeiten	11
Stattgaben	9
Ablehnungen	1
Antrag zurückgenommen	1
Entscheidungen im Jahre 2010	<u>10</u>
Am 31. Dezember 2010 noch anhängig	1

Insolvenzrecht

Aus 2009 und davor übernommene Anträge	4
Im Jahre 2010 eingegangene Anträge	<u>7</u>
insgesamt im Jahre 2010 zu bearbeiten	12
Stattgaben	10
Ablehnungen	<u>0</u>
Entscheidungen im Jahre 2010	10 <u>10</u>
Am 31. Dezember 2010 noch anhängig	1

Familienrecht

Aus 2009 und davor übernommene Anträge	7
Im Jahre 2010 eingegangene Anträge	<u>11</u>
insgesamt im Jahre 2010 zu bearbeiten	18
Stattgaben	16
Ablehnungen	<u>0</u>
Entscheidungen im Jahre 2010	16 <u>16</u>
Am 31. Dezember 2010 noch anhängig	2

Medizinrecht

Aus 2009 und davor übernommene Anträge	2
Im Jahre 2010 eingegangene Anträge	<u>7</u>
insgesamt im Jahre 2010 zu bearbeiten	9
Stattgaben	6
Ablehnungen	<u>0</u>
Entscheidungen im Jahre 2010	6 <u>6</u>
Am 31. Dezember 2010 noch anhängig	3

Miet- und Wohnungseigentumsrecht

Aus 2009 und davor übernommene Anträge	1	
Im Jahre 2010 eingegangene Anträge	<u>9</u>	
insgesamt im Jahre 2010 zu bearbeiten	10	
Stattgaben	7	
Ablehnungen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2010	7	<u>7</u>
Am 31. Dezember 2010 noch anhängig	3	

Sozialrecht

Aus 2009 und davor übernommene Anträge	0	
Im Jahre 2010 eingegangene Anträge	<u>4</u>	
insgesamt im Jahre 2010 zu bearbeiten	4	
Stattgaben	3	
Ablehnungen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2010	3	<u>3</u>
Am 31. Dezember 2010 noch anhängig	1	

Steuerrecht

Aus 2009 und davor übernommene Anträge	6	
Im Jahre 2010 eingegangene Anträge	<u>8</u>	
insgesamt im Jahre 2010 zu bearbeiten	14	
Stattgaben	7	
Ablehnungen	<u>1</u>	
Entscheidungen im Jahre 2010	8	<u>8</u>
Am 31. Dezember 2010 noch anhängig	6	

Strafrecht

Aus 2009 und davor übernommene Anträge	0	
Im Jahre 2010 eingegangene Anträge	<u>12</u>	
insgesamt im Jahre 2010 zu bearbeiten	12	
Stattgaben	8	
Ablehnungen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2010	8	<u>8</u>
Am 31. Dezember 2010 noch anhängig	4	

Transport- und Speditionsrecht

Aus 2009 und davor übernommene Anträge	3	
Im Jahre 2010 eingegangene Anträge	<u>5</u>	
insgesamt im Jahre 2010 zu bearbeiten	8	
Stattgaben	5	
Ablehnungen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2010	5	<u>5</u>
Am 31. Dezember 2010 noch anhängig	3	

Verkehrsrecht

Aus 2009 und davor übernommene Anträge	1	
Im Jahre 2010 eingegangene Anträge	<u>8</u>	
insgesamt im Jahre 2010 zu bearbeiten	9	
Stattgaben	5	
Ablehnungen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2010	5	<u>5</u>
Am 31. Dezember 2010 noch anhängig	4	

Versicherungsrecht

Aus 2010 und davor übernommene Anträge	2	
Im Jahre 2010 eingegangene Anträge	<u>5</u>	
insgesamt im Jahre 2010 zu bearbeiten	7	
Stattgaben	4	
Ablehnungen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2010	4	<u>4</u>
Am 31. Dezember 2010 noch anhängig	3	

Verwaltungsrecht

Aus 2010 und davor übernommene Anträge	1	
Im Jahre 2010 eingegangene Anträge	<u>2</u>	
insgesamt im Jahre 2010 zu bearbeiten	3	
Stattgaben	3	
Ablehnungen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2010	3	<u>3</u>
Am 31. Dezember 2010 noch anhängig	0	

Urheber- und Medienrecht

Aus 2009 übernommene Anträge	1	
Im Jahre 2010 eingegangene Anträge	<u>11</u>	
insgesamt im Jahre 2010 zu bearbeiten	12	
Stattgaben	7	
Ablehnungen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2010	7	<u>7</u>
Am 31. Dezember 2010 noch anhängig	5	

Insgesamt gab es in Hamburg am 31. Dezember 2010 1.524 (Vorjahr: 1.373) Fachanwälte, wobei 127 Rechtsanwälte und 25 Rechtsanwältinnen jeweils 2 Fachanwaltstitel führen und 1 Rechtsanwalt 3 Fachanwaltstitel führt.

- 1 für Agrarrecht
- 375 für Arbeitsrecht (davon 83 Fachanwältinnen)
- 22 für Bank- und Kapitalmarktrecht (davon 5 Fachanwältinnen)
- 68 für Bau- und Architektenrecht (davon 6 Fachanwältinnen)
- 29 für Erbrecht (davon 13 Fachanwältinnen)
- 242 für Familienrecht (davon 144 Fachanwältinnen)
- 71 für Gewerblicher Rechtsschutz (davon 16 Fachanwältinnen)
- 67 für Handels- und Gesellschaftsrecht (davon 8 Fachanwältinnen)
- 21 für Informationstechnologierecht (davon 1 Fachanwältinnen)
- 71 für Insolvenzrecht (davon 16 Fachanwältinnen)
- 47 für Medizinrecht (davon 17 Fachanwältinnen)
- 103 für Miet- und Wohnungseigentumsrecht (davon 30 Fachanwältinnen)
- 40 für Sozialrecht (davon 9 Fachanwältinnen)
- 228 für Steuerrecht (davon 35 Fachanwältinnen)
- 98 für Strafrecht (davon 25 Fachanwältinnen)
- 31 für Transport- und Speditionsrecht (davon 5 Fachanwältinnen)
- 54 für Verkehrsrecht (davon 7 Fachanwältinnen)
- 45 für Versicherungsrecht (davon 10 Fachanwältinnen)
- 47 für Verwaltungsrecht (davon 4 Fachanwältinnen)
- 18 für Urheber- und Medienrecht (davon 5 Fachanwältinnen)

Damit führten am 31.12.2010 16,4 % (Vorjahr 15,2 %) der Hamburger Rechtsanwälte eine Fachanwaltsbezeichnung.

Die Fachausschüsse waren im Berichtsjahr mit den folgenden Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten besetzt:

Arbeitsrecht

Rolf Stahmer (Vorsitzender)
Dr. Nicola Gragert
Dr. Frank Weberndörfer
Hartmut Scharmer (bis 06.12.2010)
Matthias Möller (ab 07.12.2010)

Bank- und Kapitalmarktrecht

Peter Hahn (Vorsitzender bis 31.12.2010)
Frank Schöneich
Dr. Peter Seemann
Dr. Christian Ulrich Wolf (Vorsitzender ab 01.01.2011)

Bau- und Architektenrecht

Christian Brüggemann (Vorsitzender)
Friedrich-Karl Scholtissek
Christian Schliemann
Gritt Diercks

Erbrecht

Jörn Peter Heinrich Vinnen (Vorsitzender)
Dr. Andrea Tiedemann
Tom Kemcke (Stellvertr. Mitglied)
Dr. Till Hantke

Familienrecht

Annette Teichler (Vorsitzende)
Rita Brockmann-Wiese
Gisela Friedrichs
Karin Friedrich-Büttner

Gewerblicher Rechtsschutz

Prof. Dr. Christian Rohnke (Vorsitzender)
Christian Hertz-Eichenrode
Dr. Wolfgang Berlit
Dr. Karin Sandberg
Dr. Burkhard Rheineck
Dr. Andrea Jaeger-Lenz
Dr. Andreas Meissner

Handels- und Gesellschaftsrecht

Rüdiger Ludwig (Vorsitzender)
Dr. Henrik Drinkuth
Dr. Georg A. Wittuhn
Dr. Rüdiger Zeller
Dr. Klaus von Gierke (Stellvertr. Mitglied)

Insolvenzrecht

Dr. Klaus Pannen (Vorsitzender)
Sönke Hansen
Heiko Fialski
Dr. Tjark Thies
Hinnerk Joachim Müller (Mitglied bis 02.06.2010)

Miet- u. Wohnungseigentumsrecht

Bernd Vetter (Vorsitzender ab 01.07.2010)
Eva Proppe (Vorsitzende bis 30.06.2010)
Ricarda Breiholdt
Dr. Hubertus Wegmann

Sozialrecht

Rainer Willhoefft
Lukas Weitbrecht
Henry Lomer

Strafrecht

Dr. jur. h.c. Gerhard Strate (Vorsitzender)
Otmar Kury
Johann Schwenn
Kathrin Schulz

Urheber- und Medienrecht

Dr. Martin Soppe (Vorsitzender)
Dr. Roger Mann
Dr. Stefan Horst Engels
Stefanie Vendt

Versicherungsrecht

Dieter Behling (Vorsitzender)
Malte Nehls
Dr. Carsten Harms
Oliver Meixner
Jan Volker Glauber (Stellvertr. Mitglied)

Informationstechnologierecht

Dr. Christian Lemke (Vorsitzender)
Dr. Oliver Gießler
Dr. Kai-Uwe Plath
Dr. Kay G.H. Oelschlägel
Guido Flick
Oliver J. Süme

Medizinrecht

Dr. Ulrich Steffen (Vorsitzender)
Ulrike Hundt-Neumann
Sven Hennings
Michael Oltmanns
Dr. Markus Plantholz

Steuerrecht

Dr. Kai Greve (Vorsitzender)
Dr. Philipp Herrmann
Dr. Ulrich Möhrle
Babara Stolten (ab 05.10.2010)
Dr. Alexander Busse (bis 04.10.2010)

Transport- u. Speditionsrecht

(gemeinsamer Fachausschuss gemäß § 18 FAO mit den Kammern Braunschweig, Bremen, Celle, Mecklenburg-Vorpommern, Oldenburg und Schleswig-Holstein)
Dr. Kay Uwe Bahnsen (Hamburg, Vorsitzender)
Andrea Meyer (Hamburg)
Dr. Johannes Dälken (Osnabrück)
Dr. Stefan Hoeft (Bremen)
Dieter Janßen (Bremen, stellvertr. Vors.)
Andrea Bartholl (Schleswig-Holstein)

Verkehrsrecht

Holger Rochow (Vorsitzender)
Jens Peter Jensen (Stellvertr. Mitglied)
Wolfgang Niendorf
Geesche Warnke

Verwaltungsrecht

Dr. Peter Oberthür (Vorsitzender)
Dr. Fritz Frhr. von Hammerstein
Nikolaus Piontek
Martin Hack

Berufsausbildung

Die Anzahl der neu eingetragenen Ausbildungsverhältnisse zur Rechtsanwaltsfachangestellten ist im Berichtsjahr entgegen dem Bundesdurchschnitt gesunken (von 204 im Jahre 2009 auf 198 im Jahre 2010).

Insgesamt waren mit Stand vom 31.12.2010 472 Ausbildungsverhältnisse eingetragen.

Zu den Abschlussprüfungen im Sommer und Winter 2010 meldeten sich insgesamt 182 Auszubildende an, unter ihnen 29 Umschülerinnen und 6 externe Prüflinge.

Die Prüfungen brachten folgende Resultate:

Erstausbildung

12 Prüflinge (hiervon 1 externe) haben mit dem Prädikat „sehr gut“,
56 Prüflinge (hiervon 3 externe) haben mit dem Prädikat „gut“,
47 Prüflinge haben mit dem Prädikat „befriedigend“
21 Prüflinge haben ohne Prädikat bestanden,
17 Prüflinge (hiervon 2 externe) haben die Prüfung nicht bestanden (11,11 %).

Umschülerinnen

1 Prüfling mit dem Prädikat „sehr gut“
3 Prüflinge haben mit dem Prädikat „gut“,
7 Prüflinge haben mit dem Prädikat „befriedigend“,
4 Prüflinge haben die Prüfung ohne Prädikat bestanden,
14 Prüflinge haben die Prüfung nicht bestanden (48,28 %).

Als Ausbildungsberater waren die Rechtsanwälte Hartmut Kostencki, Heiko Kreutzfeldt, Norbert Radeke, Dr. Dieter Putzier, Jürgen Steiner und Frank Robotta ehrenamtlich tätig. Die Ausbildungsberater vermitteln bei Meinungsverschiedenheiten und Unstimmigkeiten im bestehenden Ausbildungsverhältnis zwischen Ausbildern und den Auszubildenden.

Kommt es nicht zu einer einvernehmlichen Beilegung der Differenzen, helfen die Ausbildungsberater den Lehrlingen auch bei der Suche nach einem anderweitigen Ausbildungsplatz.

Der Kammervorstand dankt den Kollegen für ihr zeitaufwendiges und wertvolles Engagement.

Die von der Kammer eingerichtete Schlichtungsstelle gemäß § 111 Abs. 2 ArbGG nimmt ihre Aufgabe meist wahr, wenn ein Ausbildungsverhältnis durch fristlose Kündigung des Ausbilders aufgelöst worden ist. Die Anrufung dieser Schlichtungsstelle ist Voraussetzung für die Erhebung einer Kündigungsschutzklage beim Arbeitsgericht. Im Jahre 2010 wurde die Schlichtungsstelle nicht tätig.



Auf der Internetseite der Rechtsanwaltskammer findet sich eine aktuelle Liste sowohl freier Lehrstellen, als auch zur Verfügung stehender Praktikantenplätze.

Die Rechtsanwaltskammer beteiligt sich auch an dem Projekt „Hamburger Initiative für Arbeit und Ausbildung“, indem auf der Internetseite „www.ausbildung-hh.de“ ein Link auf unsere Lehrstellenbörse gesetzt wurde.

Die Rechtsanwaltskammer nahm im September 2010 auch an der „16. Hanseatischen Lehrstellenbörse“ teil.

Ein weiterer Fortbildungskurs „Geprüfter Rechtsfachwirt/Geprüfte Rechtsfachwirtin“ hat am 27. März 2010 begonnen.

Hilfskasse Deutscher Rechtsanwälte

In der Zeit vom 01.01. bis 31.12.2010 unterstützte die Hilfskasse Deutscher Rechtsanwälte 95 Kammermitglieder, Witwen und Kinder im Bezirk der ihr angeschlossenen sechs Rechtsanwaltskammern mit monatlichen und/oder einmaligen Zahlungen von insgesamt € 239.654,00. Zudem bestanden gegenüber 12 ehemaligen Unterstützten Ansprüche aus Rückzahlungsverpflichtungen.

Die Hanseatische Rechtsanwaltskammer überwies im Jahr 2010 an die Hilfskasse Deutscher Rechtsanwälte für jedes Kammermitglied einen Jahresbeitrag von € 7,50, d.h. insgesamt € 67.627,50.

Die Hilfskasse Deutscher Rechtsanwälte zahlte vom 1. Januar bis zum 31.12.2010 im Bereich der Rechtsanwaltskammer insgesamt € 79.090,00 laufende Unterstützungen sowie einmalige Leistungen an folgenden Personenkreis aus:

12 (ehem.)Kammermitglieder/

11 Anwaltswitwen,

die aus Alters-, Krankheits- oder aus ähnlichen Gründen berufsbehindert bzw. berufsunfähig sind, einmalige Zahlungen und/oder laufende Unterstützungen bis zu € 510,00 monatlich (in Ausnahmefällen wurde dieser Richtsatz um bis zu 40 % überschritten), ferner wurde in Krankheitsfällen eine Pflegezulage von bis zu € 153,00 gezahlt.

4 Kinder,

minderjährig bzw. in Ausbildung befindlich, erhielten eine Unterstützung von bis zu € 389,00 monatlich – entsprechend den Sätzen der Regelunterhaltsverordnung.

Zusätzlich verteilte die Hilfskasse Deutscher Rechtsanwälte im Jahr 2010 im gesamten Bundesgebiet € 154.500,00 aus dem Weihnachtsspendenaufkommen.

Hiervon erhielten die Unterstützten aus dem Bereich der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer € 13.690,00.

Ausschüsse der Bundesrechtsanwaltskammer

Bei der Bundesrechtsanwaltskammer sind aus Vertretern der regionalen Rechtsanwaltskammern Ausschüsse zu bestimmten Rechts- oder Themenbereichen gebildet, um die praktischen Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Tagesarbeit mit einbringen zu können. Folgende Hamburger Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sind in den folgenden Ausschüssen tätig:

Dr. Sigrid Wienhues

Dr. Hermann Heinrich Haas

Otmar Kury

Dr. Eckart Brödermann

Dr. Cornelius Fischer-Zernin

Dr. Rainer Funke

Rüdiger Ludwig

Dr. Volker Meinberg

Dr. Christian Lemke

Dr. Carsten Harms

Dr. jur. h.c. Gerhard Strate

Verwaltungsrecht

Arbeitsrecht

Ausschuss BRAO

Deregulierung und Wettbewerb

Deregulierung und Wettbewerb

Deregulierung und Wettbewerb

Gesellschaftsrecht

Gewerblicher Rechtsschutz

IT-Recht und Elektronischer Rechtsverkehr

Schuldrecht

Verfassungsrecht

Mitgliederstatistik

Bestand am 31.12.2010

	<u>m</u>	<u>w</u>	<u>Gesamt</u>
Rechtsanwälte	6.250	2.919	9.169
Rechtsbeistände	38	0	38
davon sind zugleich			
Steuerberater	223	24	
Wirtschaftsprüfer	87	0	
Vereidigte Buchprüfer	46	1	
Ausländische Anwälte	23	17	40
davon Europäische	18	9	
ausl. Anwälte gemäß § 206 BRAO	5	8	
Rechtsanwalts-GmbH			24
Rechtsanwalts-AG			1
Mitglied gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 BRAO			0
		Mitglieder	9.272
			=====

Veränderungen 2010

Mitgliederzahl 31.12.2009 9.017

	<u>RA</u>	<u>RAin</u>	<u>RB</u>	<u>AA</u>	<u>AAin</u>	<u>GmbH/AG</u>	<u>§ 60 BRAO</u>	
Zulassungen								
Neuzulassungen	214	165	0	4	4	8	0	= 395
Kammerwechsel	115	66	0	1	0	0	0	= 182
Wiederzulassungen	16	10	0	0	0	0	0	= 26
	345	241	0	5	4	8	0	+ 603
Löschungen								
Verstorben	18	5	0	0	0	0	0	= 23
Kammerwechsel	87	55	0	0	0	1	0	= 143
Verzicht	100	63	0	1	0	0	0	= 164
Widerruf aus anderem Grund	16	1	0	1	0	0	0	= 18
	221	124	0	2	0	1	0	- 348
Mitgliederzahl 31. Dezember 2010								9.272
								=====

Abkürzungen: RB = Rechtsbeistand, AA = Ausländischer Anwalt, AAin = ausländische Anwältin, § 60 BRAO: nichtanwaltlicher Geschäftsführer einer RA-GmbH

Im Jahre 2010 sind verstorben:

Hans Alpen	Ben-Dietrich Güldner	Klaus-Dieter Quack
Jan Bodemann	Dieter Hensell	Helga Ritze
Thomas Czok	Dipl.-Kfm. Ulrike Hoffmann	Dr. Udo Schätzle
Dr. Dirk Dirksen	Dr. Rudolf Hoffmann	Stefan Schmitt
Dr. Hans-H. Ewerwahn	Dr. Axel Krohn	Liane Schulz
Heide Flüge	Hans-D. Micheli	Dr. Joachim Westermann-Lammers
Karsten Frevert	Eberhard Millarg	Martin Wolny
Rosemarie Fuchs	Niklas Pörtje	

Die Mitgliederzahl hat sich in den letzten zehn Jahren wie folgt entwickelt (Stand jeweils am 31. Dezember):

Geschäftsjahr	Mitgliederzahl	Geschäftsjahr	Mitgliederzahl
2001	6.379 (+ 6,99%)	2006	8.120 (+ 3,48 %)
2002	6.719 (+ 5,33%)	2007	8.429 (+ 3,73 %)
2003	7.075 (+ 5,29%)	2008	8.768 (+ 3,87 %)
2004	7.471 (+ 5,6 %)	2009	9.017 (+ 2,78 %)
2005	7.853 (+ 5,1 %)	2010	9.272 (+ 2,75 %)

Anwaltsgericht

Das Hamburgische Anwaltsgericht war am 31. Dezember 2010 wie folgt besetzt:

Geschäftsleitender Vorsitzender: Rechtsanwalt Johann Schwenn.

Kammer I

Siegfried Schäfer (Vors.)
 Dr. Christoph Hasche (stellv. Vors.)
 Dr. Wolfgang Deuchler
 Axel Löhde
 Doris Dierbach

Kammer II

Johann Schwenn (Vors.)
 Wolf Römmig (stellv. Vors.)
 Thomas Scholle
 Dr. Frank Mitzkus
 Dr. Christoph Horbach

Kammer III

Prof. Dr. Günter Schmeel (Vors.)
 Verena Zahn (stellv. Vors.)
 Axel Neelmeier
 Jens Cyrkel-Lichtenfeld
 Jes Meyer-Lohkamp

Das Anwaltsgericht verzeichnete im Geschäftsjahr 2009
 Aus 2008 wurden übernommen
 Von den insgesamt in 2009 anhängigen
 wurden in I. Instanz
 erledigt, so dass in das Jahr 2010
 übernommen wurden.

17 Neueingänge
7 Verfahren
 24 Verfahren
18 Verfahren
 6 Verfahren

Das Anwaltsgericht hat im Geschäftsjahr 2009
 und
 erlassen.

5 Urteile
13 Beschlüsse
 18 Entscheidungen

Von den Urteilen lauten:

- 2 auf Verweis
- 1 auf Verweis und Euro 1.500,-- Geldbuße
- 1 auf Verweis und Euro 2,500,-- Geldbuße
- 1 auf Verweis und Euro 5.000,-- Geldbuße

Von den Beschlüssen lauten:

- 2 auf Zustimmung zur Einstellung gemäß § 153 Abs. 1 StPO
- 1 auf Einstellung gemäß § 153a Abs. 1 StPO gegen Zahlung von Euro 250,--
- 1 auf Einstellung gemäß § 153a Abs. 1 StPO gegen Zahlung von Euro 500,--
- 1 auf Einstellung gemäß § 153a Abs. 1 StPO gegen Zahlung von Euro 5.000,--
- 5 auf Aufrechterhaltung der Rüge
- 1 auf Aufhebung der Rüge
- 2 auf Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens

Gegen 3 Urteile aus 2009 wurde Berufung eingelegt. Entscheidungen des Anwaltsgerichtshofes liegen noch nicht vor.

In zwei Sachen aus 2007 ist durch den Anwaltsgerichtshof wie folgt entschieden worden:

- 1) Auf die Berufung des Rechtsanwalts wurde das Urteil des Hamburgischen Anwaltsgerichts, mit dem eine Geldbuße i.H.v. Euro 12.000,-- verhängt wurde, unter Einstellung des Verfahrens im Übrigen abgeändert auf einen Verweis.
- 2) Auf die Berufung des Rechtsanwalts wurde das Urteil des Hamburgischen Anwaltsgerichts, mit dem ein Verweis und eine Geldbuße i.H.v. Euro 5.000,-- verhängt wurde, abgeändert, und zwar dahingehend, dass gegen den Rechtsanwalt die anwaltsgerichtliche Maßnahme des Verweises verhängt worden ist; im Tenor des angefochtenen Urteils entfällt die Angabe „§ 114 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 2 BRAO“.

Anwaltsgerichtshof in der Freien und Hansestadt Hamburg

Der Anwaltsgerichtshof bestand im Berichtsjahr 2010 wie in den Jahren zuvor aus zwei Senaten. Diese waren am 31. Dezember 2010 wie folgt besetzt:

Präsident: RA Reinhard Daum (ab 01.04.2004)

I. Senat

RA Reinhard Daum, Vorsitzender
 RA Dr. Kay Soehring, stellv. Vors.
 RA Dr. Hans-Jürgen Grambow
 RA Prof. Dr. Christian Bernzen
 RA Dr. Joachim Frhr. von Falkenhausen
 VRiOLG Dr. Martin Buchholz
 RiOLG Henning Huusmann
 VRiOLG Axel Gärtner
 RiinOLG Sabine Happ-Göhring

II. Senat

RA Klaus-Ulrich Ventzke, Vorsitzender
 RA Dr. Matthias Wolter, stellv. Vorsitzender
 RA Dr. Joachim Blau
 RAin. Dr. Britta Hannemann
 RA Prof. Dr. Winterhoff
 VRiOLG Gerd Harder
 RiOLG Hans Lauenstein
 VRiOLG Dr. Carsten Beckmann
 RiOLG Norbert Sakuth

Die Einzelheiten der Geschäftstätigkeit des Anwaltsgerichtshofes und deren Gegenstände entnehmen Sie bitte der nachfolgenden Statistik:

	Nicht erledigte Verfahren am Beginn des Jahres	Neuzugänge	Erledigte Verfahren	Verfahrensdauer der erledigten Sachen		Nicht erl. Verfahren am Ende des Jahres
				bis 6 Monate	über 6 Monate	
1. Zulassungsverfahren	3	1	3	0	3	1
2. Rücknahme- und Widerrufsverfahren	1	4	2	0	2	3
3. Vollziehungsanordnung der Rechtsanwaltskammer gem. § 16 Abs. 6 BRAO	0	0	0	0	0	0
4. Sonstige Bescheide der Landesjustizverwaltung	0	0	0	0	0	0
5. Verfahren nach § 57 Abs. 3 BRAO	1	0	1	0	1	0
6. Berufungen nach § 143 BRAO	2	1	1	0	0	2
7. Verfahren nach §§ 122 Abs. 2, 123 Abs. 2, 142 BRAO	0	0	0	0	0	0
8. Verfahren nach §§ 150, 161a BRAO	0	0	0	0	0	0
9. Verfahren nach § 223 BRAO hiervon Fachanwaltsverf.	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0
10. Sonstige Verfahren nach BRAO	10	3	1	0	1	12
Gesamt	17	9	8	0	7	18

Der Kammervorstand berichtet hiermit der Kammerversammlung über die Verwaltung des Vermögens im abgelaufenen Geschäftsjahr 2010 und kommt seiner Verpflichtung zur Rechnungslegung (§ 73 Abs. 2 Nr. 7 BRAO) damit nach.

Sie finden nachstehend:

I. Kammervermögen

1. Einnahmen- und Ausgabenrechnung für das Geschäftsjahr 2010 einschließlich eines Vergleiches zum Vorjahr - Anlage 1 -
2. Erläuterungen zur Einnahmen- und Ausgabenrechnung für das Geschäftsjahr 2010 in der Form einer detaillierten Übersicht über die einzelnen Einnahmen sowie Ausgaben einschließlich eines Vorjahresvergleiches - Anlage 2 -
3. Darstellung der Bestandsentwicklung der liquiden Mittel nach dem Stand des 31.12.2010 einschließlich eines Vorjahresvergleiches - Anlage 3 -
4. Aktualisierter Haushaltsplan für das Jahr 2011 sowie Haushalt und Planung für das Jahr 2012 als Grundlage für die Beschlussfassung über den Haushalt 2011 und Kammerbeitrag 2012 einschließlich der Vorjahreswerte - Anlage 4 -

II. Ausbildungsumlage

1. Einnahmen- und Ausgabenrechnung der Umlage zur Finanzierung der anwaltsbezogenen Referendarausbildung für das Geschäftsjahr 2010 einschließlich eines Vorjahresvergleiches - Anlage 5 -
2. Erläuterungen zur Einnahmen- und Ausgabenrechnung der Umlage zur Finanzierung der anwaltsbezogenen Referendarausbildung für das Geschäftsjahr 2010 einschließlich eines Vorjahresvergleiches - Anlage 6 -
3. Bestandsentwicklung der liquiden Mittel der Ausbildungsumlage im Geschäftsjahr 2010 einschließlich eines Vorjahresvergleiches - Anlage 7 -
4. Haushalt und Planung der Ausbildungsumlage 2011 einschließlich eines Vorjahresvergleiches - Anlage 8 -



Anmerkungen

I. Zum Kammervermögen

1. Sie finden als Anlage 3 eine Darstellung der Bestandsentwicklung der liquiden Mittel, um den Finanzstatus über Anlage 1 und 2 hinaus transparent werden zu lassen.
2. Die Hanseatische Rechtsanwaltskammer hat gemäß § 98 Abs. 2 BRAO die Kosten des Amtsgerichts zu tragen. Diese betragen im Berichtsjahr 2010 insgesamt Euro 28.945,04 (Vorjahr: Euro 28.951,91), davon für Personalkosten (ohne soziale Aufwendungen) Euro 17.935,78 (Vorjahr: Euro 18.315,81), Miete Euro 6.622,24 (Vorjahr: Euro 6.622,24) und allgemeine Bürokosten Euro 4.387,02 (Vorjahr: Euro 4.013,86).
3. In der Geschäftsstelle waren am 31.12.2010 insgesamt 21 (Vorjahr 20) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (einschließlich der Geschäftsführung) beschäftigt, davon 8 Teilzeitkräfte. Zwei Mitarbeiterinnen davon waren am 31.12.2010 in Elternzeit. Beim Amtsgericht ist weiterhin eine Mitarbeiterin in Teilzeit beschäftigt.

4. Der Kammervorstand erhebt nicht von allen Mitgliedern den vollen Kammerbeitrag. Nach den Bestimmungen der Beitragsordnung wird der Kammerbeitrag vielmehr in den dort vorgesehenen Fällen ermäßigt.

Dadurch ergeben sich gemessen an dem rechnerischen Beitragsaufkommen bei voller Beitragszahlung durch jedes Kammermitglied die im Folgenden dargestellten Mindereinnahmen.

Die Beitragsermäßigungen für Berufsanfänger und bei Kammerwechsel werden nicht mehr gesondert ausgewiesen.

	2009	2010
1. Ermäßigungen in Härtefällen (§ 6 BeitrO)	Euro 20.971,62	Euro 12.246,50
2. Beitragserlasse wegen Schwerbehinderung (§ 3 BeitrO)	Euro 7.056,00	Euro 6.790,00
3. Beitragserlasse wegen Ausscheidens (§ 4 Ziff.1b BeitrO)	Euro 12.680,00	Euro 13.153,00
4. Beitragserlasse wegen Todes eines Mitglieds (§ 6 BeitrO)	Euro 2.520,00	Euro 1.904,00
	<u>Euro 43.227,62</u>	<u>Euro 34.093,50</u>

Am 31.12.2010 bestanden noch offene Kammerbeitragsforderungen aus dem laufenden Jahr und den Vorjahren in Höhe von Euro 28.765,38 (Vorjahr: Euro 26.798,25). Im Jahr 2010 konnten Beitragsforderungen aus den Vorjahren in Höhe von Euro 11.922,26 realisiert werden. Es mussten Forderungen in Höhe von Euro 2.030,00 (Vorjahr: Euro 9.386,62) wertberichtigt werden. Für die Ausbildungsumlage bestanden Rückstände in Höhe von Euro 865,00 (Vorjahr: Euro 1.029,75). Die Realisierungsmöglichkeiten aller Forderungen sind ungewiss.

5. Die Einnahmen- und Ausgabenrechnung weist für 2010 einen Überschuss von Euro 141.327,49 aus. In den letzten Geschäftsjahren wurden jeweils folgende Ergebnisse erzielt:

Geschäftsjahr	Jahresergebnis EUR	Reinvermögen TEUR
2002	+ 244.603,34	1.658
2003	+ 96.305,85	1.754
2004	- 81.514,62	1.673
2005	+ 165.273,12	1.838
2006	+ 143.599,09	1.982
2007	+ 179.660,48	2.161
2008	+ 47.332,49	2.209
2009	- 141.040,92	2.068
2010	- 141.327,49	1.927

Die Höhe des Kammerbeitrages reduzierte sich von Euro 228,-- in 2002 auf Euro 168,-- in 2010.

Die Personalkosten erhöhten sich um TEUR 24 (2,7 %) aufgrund allgemeiner Gehaltsanpassungen und zusätzlicher Kosten für die Vertretung einer Mitarbeiterin in der Geschäftsführung. Die sonstigen Ausgaben gemäß Nr. II 9 der Anlage 1 bzw. 2 erhöhten sich im Wesentlichen aufgrund hoher Kosten für Abwicklungen.

Für die Vertretung in den Wahlanfechtungsverfahren sind im Jahre 2010 Gesamtkosten in Höhe von Euro 14.277,80 (Vorjahr: Euro 10.085,25) entstanden.

6. Beitragsverwendung 2010

Der Kammerbeitrag enthält insgesamt Euro 44,00 (Vorjahr: Euro 39,00) durchlaufende Gelder:

Für jedes am 1. Januar 2010 zugelassene Mitglied zahlte die Hanseatische Rechtsanwaltskammer an die

	<u>2009</u>	<u>2009</u>	<u>2010</u>	<u>2010</u>
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
- Bundesrechtsanwaltskammer				
- Beitrag	29,00		31,00	
- Öffentlichkeitsarbeit	2,50		2,50	
- Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft in Berlin	<u>0,00</u>		<u>3,00</u>	
	31,50	31,50		36,50
- Hülfskasse Deutscher Rechtsanwälte		<u>7,50</u>		<u>7,50</u>
		<u>39,00</u>		<u>44,00</u>

Das sind 26 % (Vorjahr: 23 %) des Jahresbeitrages.

Hanseatische Rechtsanwaltskammer							
Entwicklung des Vermögens je Kammermitglied 2001 bis 2010							
Jahr	Vermögen	Mitgliederstand	Veränderung zum Vorjahr		Vermögen je Kammermitglied	Veränderung zum Vorjahr	
			Euro	%		Euro	Euro
		Anzahl					
2001	2.765.538,60 1.413.997,43 €	6.379 6.379			221,66		
2002	1.658.600,78 €	6.719	244.603,35	17,3%	246,85	25,19	11,4%
2003	1.754.906,63 €	7.075	96.305,85	5,8%	248,04	1,19	0,5%
2004	1.673.392,01 €	7.471	-81.514,62	-4,6%	223,99	-24,06	-9,7%
2005	1.838.665,13 €	7.853	165.273,12	9,9%	234,14	10,15	4,5%
2006	1.982.264,22 €	8.120	143.599,09	7,8%	244,12	9,99	4,3%
2007	2.161.924,70 €	8.429	179.660,48	9,1%	256,49	12,37	5,1%
2008	2.209.257,19 €	8.768	47.332,49	2,19%	251,97	-4,52	-1,8%
2009	2.068.216,27 €	9.017	-141.040,92	-6,38%	229,37	-22,60	-9,0%
2010	1.926.888,78 €	9.272	-141.327,49	-6,83%	207,82	-21,55	-9,4%

II. Zur Ausbildungsumlage

Sie finden als Anlagen 5 bis 8 die Abrechnung über die im Jahre 2004 erstmalig erhobene und vom Kammervermögen vollständig getrennt geführte und verbuchte Ausbildungsumlage. Sie wurde in 2010 in Höhe von Euro 6,00 (statt der beschlossenen Euro 25,00) pro Mitglied erhoben.

Im Berichtsjahr überstiegen die Ausgaben die Einnahmen um Euro 16.804,46.

Der Kammervorstand ruft im Jahr 2011 die Ausbildungsumlage erneut lediglich in Höhe von Euro 6,00 anstelle der von der Kammerversammlung beschlossenen Euro 25,00 pro Kammermitglied ab. Der Liquiditätsbestand der Ausbildungsumlage wird deshalb im Jahr 2011 wieder deutlich reduziert werden.

Die Abwicklung der Zahlungen erfolgt über ein gesondertes Bankkonto und einen gesonderten Buchungskreislauf.

In die Kammerrechnungslegung gemäß Anlagen 1 bis 4 gehen diese Beträge deswegen nicht ein.

Prüfung der Rechnungslegung

I.

Kassenprüfer

Auf der Kammerversammlung 2007 sind als Kassenprüfer des Vorstandes für vier Jahre die Rechtsanwälte und Fachanwälte für Steuerrecht Eckhard Wolter und Stephan May gewählt worden.

Beide Kollegen haben die Buchhaltungsunterlagen einschließlich der Belege auch für 2010 geprüft und keine Beanstandungen erhoben. Sie werden auf der Kammerversammlung über ihre Feststellungen berichten.

II.

Wirtschaftsprüfer

Der vom Vorstand beauftragte Wirtschaftsprüfer hat folgende Bescheinigung erteilt:

„Wir haben auftragsgemäß die Einnahmen-/Ausgabenrechnung sowohl des allgemeinen Kammerhaushaltes als auch der Umlage zur Finanzierung der anwaltsbezogenen Referendarausbildung - unter Einbeziehung der Buchführung - der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2010 unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften geprüft.

Die Buchführung sowie die Aufstellung der Einnahmen-/Ausgabenrechnungen liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Grundlage für unsere Prüfung waren die uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise sowie die uns erteilten Auskünfte. Diese Unterlagen haben wir auftragsgemäß auf ihre Ordnungsmäßigkeit beurteilt.

Zur Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise haben wir Beurteilungen so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil abgegeben werden kann. Im Rahmen der Prüfung werden die Nachweise für die Angaben in Buchführung und Einnahmen-/Ausgabenrechnungen überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

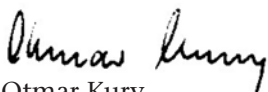
Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei unserer Tätigkeit gewonnenen Erkenntnisse sind die uns vorgelegten Unterlagen, auf deren Grundlage wir die Einnahmen-/Ausgabenrechnungen geprüft haben, ordnungsgemäß.“

Hamburg, 22. Februar 2011

Ausborn & Partner
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dirk Stresska
Wirtschaftsprüfer

Hamburg, den 4. März 2011



Otmar Kury
Präsident



Bernd-Ludwig Holle
Schatzmeister

Anlage 1

Hanseatische Rechtsanwaltskammer
Einnahmen- und Ausgabenrechnung
für das Geschäftsjahr 2010
(Erläuterungen in Anlage 2)

	<u>2009</u> <u>EUR</u>	<u>2010</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>TEUR</u>
I. Einnahmen			
1. Kammerbeiträge	1.448.590,18	1.489.313,62	41
2. Zulassungsgebühren/ Fachanwaltsgebühren etc.	86.040,00	88.650,00	3
3. Prüfungsgebühren, Berufsausbildung/Fortbildung	20.016,50	26.894,50	7
4. Aufsichtsverfahren	7.050,00	10.664,20	4
5. Erstattungen von Verfahrenskosten	5.785,23	11.437,08	5
6. Seminare	0,00	4.180,00	4
7. Sonstige Einnahmen	12.109,78	10.765,17	-1
8. Vermögenserträge	74.944,14	71.247,95	-4
9. Durchlaufende Gelder	<u>14.364,86</u>	<u>12.185,36</u>	<u>-2</u>
Gesamteinnahmen	<u>1.668.900,69</u>	<u>1.725.337,88</u>	<u>57</u>
II. Ausgaben			
1. Personalkosten			
a) Gehälter + Aushilfslöhne RAK	716.945,69	731.146,66	14
b) Gehälter + Aushilfslöhne AnwG	18.315,81	17.935,78	0
c) Soziale Aufwendungen	<u>128.459,99</u>	<u>138.168,96</u>	<u>10</u>
<u>Summe:</u>	863.721,49	887.251,40	24
d) Aufwandsentschädigungen	11.709,70	12.658,20	1
2. Verwaltungskosten	205.722,53	167.870,99	-38
3. Raumkosten	165.964,45	167.368,26	1
4. Beiträge, Versicherungen	349.138,08	406.182,15	57
5. Reise- und Sitzungskosten	35.315,61	39.311,57	4
6. Seminare	0,00	4.700,49	5
7. Verfahrenskosten	38.808,43	40.685,51	2
8. Prüfungskosten Berufsausbildung/Fortbildung	36.395,97	26.246,64	-10
9. Sonstige Ausgaben	90.222,00	100.748,15	10
10. Durchlaufende Gelder	<u>12.943,35</u>	<u>13.642,01</u>	<u>1</u>
Gesamtausgaben	<u>1.809.941,61</u>	<u>1.866.665,37</u>	<u>57</u>
III. Ergebnis	<u>-141.040,92</u>	<u>-141.327,49</u>	<u>0</u>

Anlage 2
Seite 1 von 6 Seiten

Hanseatische Rechtsanwaltskammer
Einzel- und Abweichungsdarstellung der
Einnahmen- und Ausgabenrechnung
für das Geschäftsjahr 2010

I. Einnahmen

1. Kammerbeiträge

	<u>2009</u>	<u>2010</u>	<u>Abw.</u>
	EUR	EUR	EUR
<u>Zusammensetzung:</u>			
Mitgliedsbeiträge ¹⁾	1.443.173,18	1.483.003,12	39.829,94
Verspätungszuschläge	5.417,00	6.310,50	893,50
	<u>1.448.590,18</u>	<u>1.489.313,62</u>	<u>40.723,44</u>

**2. Zulassungsgebühren/
Fachanwaltsgebühren etc.**

	<u>2009</u>	<u>2010</u>	<u>Abw.</u>
	EUR	EUR	EUR
<u>Zusammensetzung:</u>			
Zulassungen RA	43.050,00	40.950,00	-2.100,00
Zulassungen GmbH (§ 59c BRAO)	2.550,00	4.080,00	1.530,00
Kammerwechsel (§ 27 BRAO)	7.500,00	9.050,00	1.550,00
Vertreterbestellung (§ 53 BRAO)	160,00	200,00	40,00
Kanzleipflichtbefreiung (§ 29 BRAO)	580,00	320,00	-260,00
Fachanwaltsgebühren	<u>32.200,00</u>	<u>34.050,00</u>	<u>1.850,00</u>
	<u>86.040,00</u>	<u>88.650,00</u>	<u>2.610,00</u>

**3. Prüfungsgebühren,
Berufsausbildung/Fortbildung**

	<u>2009</u>	<u>2010</u>	<u>Abw.</u>
	EUR	EUR	EUR
<u>Zusammensetzung:</u>			
Zwischenprüfung Sommer	3.075,00	3.400,00	325,00
Abschlußprüfung Sommer	12.469,50	9.713,50	-2.756,00
Zwischenprüfung Winter	800,00	525,00	-275,00
Abschlußprüfung Winter	3.672,00	4.131,00	459,00
Fortbildung Rechtsfachwirt	0,00	9.125,00	9.125,00
	<u>20.016,50</u>	<u>26.894,50</u>	<u>6.878,00</u>

¹⁾ Höhe der Mitgliedsbeiträge: 2006 = 210,00 €, 2007 = 200,00 €; 2008 = 180,00 €; 2009 = 168,00 €; 2010 = 168,00 €

Anlage 2
Seite 2 von 6 Seiten

4. Aufsichtsverfahren	<u>2009</u> EUR	<u>2010</u> EUR	<u>Abw.</u> EUR
<u>Zusammensetzung:</u>			
AnwG - Geldbußen	5.300,00	10.664,20	5.364,20
Zwangsgelder	1.750,00	0,00	-1.750,00
	<u>7.050,00</u>	<u>10.664,20</u>	<u>3.614,20</u>
5. Erstattungen von Verfahrenskosten ²⁾	<u>2009</u> EUR	<u>2010</u> EUR	<u>Abw.</u> EUR
<u>Zusammensetzung:</u>			
Erstattung Verfahrenskosten Zivilsachen	2.026,55	8.207,65	6.181,10
Erstattung Verfahrenskosten AnwG	1.229,70	2.157,95	928,25
Kostenerstattung Gerichtsvollzieher	2.528,98	1.071,48	-1.457,50
	<u>5.785,23</u>	<u>11.437,08</u>	<u>5.651,85</u>
6. Seminare	<u>2009</u> EUR	<u>2010</u> EUR	<u>Abw.</u> EUR
RVG-Seminar ³⁾	0,00	4.180,00	4.180,00
	<u>0,00</u>	<u>4.180,00</u>	<u>4.180,00</u>
7. Sonstige Einnahmen	<u>2009</u> EUR	<u>2010</u> EUR	<u>Abw.</u> EUR
<u>Zusammensetzung:</u>			
Kostenerstattung Referendarausbildung	6.000,00	6.000,00	0,00
weitere Einnahmen	6.109,78	4.765,17	-1.344,61
	<u>12.109,78</u>	<u>10.765,17</u>	<u>-1.344,61</u>
8. Vermögenserträge			
<u>Zusammensetzung:</u>			
Zinserträge Wertpapiere	50.052,24	47.388,04	-2.664,20
Zinserträge Verwaltungskonto	5.601,86	2.612,96	-2.988,90
Zinserträge Vermögensverwaltung	2.257,27	395,32	-1.861,95
Zinserträge Girokonten	402,73	240,22	-162,51
Zinserträge Festgeld	9.553,34	0,00	-9.553,34
erhaltene Stückzinsen	3.027,42	9.899,19	6.871,77
gezahlte Stückzinsen	-3.291,47	-4.919,18	-1.627,71
Kursgewinne bei Wertpapiereinlösung	7.525,75	15.631,40	8.105,65
realisierte Kursverluste aus festverzinslichen Wertpapieren	-185,00	0,00	185,00
	<u>74.944,14</u>	<u>71.247,95</u>	<u>-3.696,19</u>

²⁾ Siehe verauslagte Kosten unter II. Ausgaben 7. Verfahrenskosten

³⁾ Siehe verauslagte Kosten unter II. Ausgaben 6. Seminare

Anlage 2
Seite 3 von 6 Seiten

9. Durchlaufende Gelder

	<u>2009</u> <u>EUR</u>	<u>2010</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Begabtenförderung	14.364,86	12.185,36	-2.179,50
	<u>14.364,86</u>	<u>12.185,36</u>	<u>-2.179,50</u>
Gesamteinnahmen	<u>1.668.900,69</u>	<u>1.725.337,88</u>	<u>56.437,19</u>

II. Ausgaben

1. Personalkosten

	<u>2009</u> <u>EUR</u>	<u>2010</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
a) <u>Gehälter RAK</u>			
Gehälter RAK	734.476,46	751.012,95	16.536,49
Aushilfslöhne RAK	6.218,34	8.886,09	2.667,75
Erstattungen Lohnfortzahlungskosten	-23.749,11	-28.752,38	-5.003,27
b) <u>Gehälter AnwG</u>			
Gehälter AnwG	17.052,12	17.369,28	317,16
Aushilfslöhne AnwG	1.263,69	566,50	-697,19
c) <u>Soziale Aufwendungen</u>			
soziale Abgaben RAK + AnwG	125.695,96	134.198,06	8.502,10
Berufsgenossenschaftsbeiträge RAK + AnwG	2.764,03	3.970,90	1.206,87
	<u>863.721,49</u>	<u>887.251,40</u>	<u>23.529,91</u>
d) <u>Aufwandsentschädigungen</u>			
Fachausschüsse	4.667,50	6.075,00	1.407,50
Vorstand	5.202,00	4.743,00	-459,00
Präsident	1.840,20	1.840,20	0,00
	<u>11.709,70</u>	<u>12.658,20</u>	<u>948,50</u>

2. Verwaltungskosten

	<u>2009</u> <u>EUR</u>	<u>2010</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Bürokosten RAK	16.449,08	20.898,43	4.449,35
Bürokosten AnwG	4.013,86	4.387,02	373,16
EDV-Kosten	20.111,93	18.404,32	-1.707,61
Drucksachen	44.345,65	35.168,18	-9.177,47
Reparaturkosten	4.008,54	5.583,00	1.574,46
Investitionen in Sachanlagen	53.314,40	8.914,54	-44.399,86
Bücher und Zeitschriften	11.053,68	12.053,08	999,40
Porto	39.966,94	38.965,66	-1.001,28
Telefon, Telefax und Internet	7.091,68	6.646,27	-445,41
Courtage Wertpapiere ⁴⁾	0,00	1.257,96	1.257,96
sonstige	5.366,77	15.592,53	10.225,76
	<u>205.722,53</u>	<u>167.870,99</u>	<u>-37.851,54</u>

3. Raumkosten

	<u>2009</u> <u>EUR</u>	<u>2010</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Mieten RAK	159.342,21	160.746,02	1.403,81
Mieten AnwG	6.622,24	6.622,24	0,00
	<u>165.964,45</u>	<u>167.368,26</u>	<u>1.403,81</u>

⁴⁾ Bis 2009 wurde die Courtage Wertpapiere unter 9. Sonstige Ausgaben ausgewiesen.
In 2010 wird diese erstmals unter 2. Verwaltungskosten ausgewiesen.

Anlage 2
Seite 5 von 6 Seiten

4. Beiträge, Versicherungen

	<u>2009</u>	<u>2010</u>	<u>Abw.</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Hilfskasse deutscher Rechtsanwälte	65.737,50	67.627,50	1.890,00
Bundesrechtsanwaltskammer ⁵⁾	276.097,50	329.120,50	53.023,00
Deutsches Anwaltsinstitut	4.531,15	4.662,22	131,07
Versicherungen	2.771,93	2.771,93	0,00
Verband Feier Berufe	0,00	2.000,00	2.000,00
	<u>349.138,08</u>	<u>406.182,15</u>	<u>57.044,07</u>

5. Reise- und Sitzungskosten

	<u>2009</u>	<u>2010</u>	<u>Abw.</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Reisekosten	26.130,15	25.796,97	-333,18
Sitzungskosten	8.183,56	6.709,10	-1.474,46
Tagungskosten	1.001,90	222,00	-779,90
Kammerversammlung ⁶⁾	0,00	6.583,50	6.583,50
	<u>35.315,61</u>	<u>39.311,57</u>	<u>3.995,96</u>

6. Seminare

	<u>2009</u>	<u>2010</u>	<u>Abw.</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
RVG-Seminar	0,00	4.700,49	4.700,49
	<u>0,00</u>	<u>4.700,49</u>	<u>4.700,49</u>

7. Verfahrenskosten

	<u>2009</u>	<u>2010</u>	<u>Abw.</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Verfahrenskosten Zivilsachen	12.934,05	20.031,16	7.097,11
Verfahrenskosten AnwG ⁷⁾	22.538,22	18.649,74	-3.888,48
Gerichtsvollzieherkosten	3.336,16	2.004,61	-1.331,55
	<u>38.808,43</u>	<u>40.685,51</u>	<u>1.877,08</u>

⁵⁾ Die ausführlichen Erläuterungen entnehmen Sie bitte dem Geschäftsbericht auf Seite 24.

⁶⁾ Bis 2009 wurden die Kosten der Kammerversammlung unter 2. Verwaltungskosten und 5. Reise- und Sitzungskosten ausgewiesen. Die Kosten für die Kammerversammlung 2009 betragen 1.696,00 €.

⁷⁾ Es sind Verfahrenskosten in Höhe von 14.277,80 € (Vorjahr 10.085,25 €) betreffend die Wahlanfechtung enthalten.

Anlage 2
Seite 6 von 6 Seiten

**8. Prüfungskosten,
Berufsausbildung/Fortbildung**

	<u>2009</u> <u>EUR</u>	<u>2010</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Zwischenprüfung Sommer	3.038,69	3.224,84	186,15
Abschlußprüfung Sommer	15.122,85	11.924,08	-3.198,77
Zwischenprüfung Winter	690,48	839,00	148,52
Abschlußprüfung Winter	6.045,57	4.289,01	-1.756,56
Fortbildung Rechtsfachwirt/in	6.035,92	448,88	-5.587,04
Ausbildung sonstiges	5.462,46	5.520,83	58,37
	<u>36.395,97</u>	<u>26.246,64</u>	<u>-10.149,33</u>

9. Sonstige Ausgaben

	<u>2009</u> <u>EUR</u>	<u>2010</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Buchführungs- und			
Jahresabschlusskosten	10.757,64	10.652,91	-104,73
Fortbildungskosten für Mitarbeiter	0,00	6.306,15	6.306,15
Öffentlichkeitsarbeit	19.097,39	33.882,47 ⁸⁾	14.785,08
Mediationstag	4.288,54	0,00	-4.288,54
Außerordentl. Ausgaben/Abwicklung	38.217,48	22.868,75	-15.348,73
Kosten Anwaltsausweis	15.138,46	13.465,24	-1.673,22
Hamburger Anwaltsverzeichnis	0,00	13.394,13	13.394,13
Universitäts-/Anwaltsausbildung	2.677,50	178,50	-2.499,00
Courtage Wertpapiere ⁹⁾	44,99	0,00	-44,99
	<u>90.222,00</u>	<u>100.748,15</u>	<u>10.526,15</u>

10. Durchlaufende Gelder

	<u>2009</u> <u>EUR</u>	<u>2010</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Begabtenförderung	12.943,35	13.642,01	698,66
	<u>12.943,35</u>	<u>13.642,01</u>	<u>698,66</u>

Gesamtausgaben

	<u>1.809.941,61</u>	<u>1.866.665,37</u>	<u>56.723,76</u>
--	---------------------	---------------------	------------------

III. Ergebnis

	<u>-141.040,92</u>	<u>-141.327,49</u>	<u>-286,57</u>
--	--------------------	--------------------	----------------

⁸⁾ Davon Kosten für die neue Homepage 13.387,50 €.

⁹⁾ Bis 2009 wurde die Courtage Wertpapiere unter 9. Sonstige Ausgaben ausgewiesen.
In 2010 wird diese erstmals unter 2. Verwaltungskosten ausgewiesen.

Anlage 3

Hanseatische Rechtsanwaltskammer
Bestandsentwicklung der liquiden Mittel
im Geschäftsjahr 2010

	Stand am 31.12.2009	Stand am 31.12.2010
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Kassenbestand	701,84	838,53
Guthaben bei Kreditinstituten:		
Girokonten	18.974,20	14.151,25
Tagesgeldkonto	361.903,28	584.489,03
Vermögensverwaltungskonto	91.423,95	4.582,47
Depotbestand:		
festverzinsliche Wertpapiere ¹⁾	<u>1.595.213,00</u>	<u>1.322.827,50</u>
	2.068.216,27	
Ausgabenüberschuss für das Geschäftsjahr 2010	<u>-141.327,49</u>	
	<u>1.926.888,78</u>	<u>1.926.888,78</u>

¹⁾ Der Bestand enthält ausschließlich mündelsichere Wertpapiere. Der Kurswert betrug am 31.12.2010 1.332.532,40 €, wodurch sich insgesamt stille Reserven von 9.704,90 € (Vorjahr 20.331,60 €) errechnen.

Anlage 4

Hanseatische Rechtsanwaltskammer
Haushalt und Planung
für die Geschäftsjahre 2009 bis 2012

	2009 TEUR (Ist)	2010 TEUR (Plan)	2010 TEUR (Ist)	2011 TEUR (Plan) (alt)	2011 TEUR Plan (neu)	2012 TEUR Plan
I. Einnahmen						
1. Kammerbeiträge	1.449	1.518	1.489	1.561	1.549	1.795 ¹⁾
2. Zulassungsgebühren/ Fachanwaltsgebühren etc.	86	86	89	89	86	89
3. Prüfungsgebühren, Berufsausbildung/Fortbildung	20	34	27	28	25	34
4. Aufsichtsverfahren	7	15	11	15	6	6
5. Erstattungen von Verfahrenskosten	6	2	11	2	2	2
6. Seminare	0	4	4	0	0	4
7. Sonstige Einnahmen	12	12	11	12	10	10
8. Vermögenserträge	75	55	71	55	35	30
9. Durchlaufende Gelder	14	10	12	10	10	10
Gesamteinnahmen	<u>1.669</u>	<u>1.736</u>	<u>1.725</u>	<u>1.772</u>	<u>1.723</u>	<u>1.980</u>
II. Ausgaben						
1. Personalkosten						
a) - c) Gehälter incl. Sozialabgaben	864	904	887	976	976	1.002
d) Aufwandsentschädigungen	12	22	13	22	18	18
2. Verwaltungskosten	206	192	168	206	194 ²⁾	200
3. Raumkosten	166	175	167	180	180	182
4. Beiträge, Versicherungen	349	417	406	430	423	454
5. Reise- und Sitzungskosten	35	43	39	40	41	36
6. Seminare	0	4	5	0	0	4
7. Verfahrenskosten	39	42	41	35	42 ³⁾	32
8. Prüfungskosten, Berufsausbildung/Fortbildung	36	30	26	29	30	30
9. Sonstige Ausgaben	90	115	101	115	93	93
10. Durchlaufende Gelder	13	10	14	10	10	10
Gesamtausgaben	<u>1.810</u>	<u>1.954</u>	<u>1.867</u>	<u>2.043</u>	<u>2.007</u>	<u>2.061</u>
III. Ergebnis	<u>-141</u>	<u>-218</u>	<u>-141</u>	<u>-271</u>	<u>-284</u>	<u>-81</u>

¹⁾ Geplante Erhöhung des Kammerbeitrages 2011 = 168,00 € um 24,00 € auf 2012 = 192,00 €

²⁾ Die Reduzierung ergibt sich durch geringere Investitionskosten.

³⁾ Die Wahlanfechtungsverfahren werden erst in 2011 endgültig abgerechnet.

Anlage 5

Hanseatische Rechtsanwaltskammer
Einnahmen- und Ausgabenrechnung
der Umlage zur Finanzierung der anwaltsbezogenen Referendarausbildung
für das Geschäftsjahr 2010
(Erläuterungen in Anlage 6)

	<u>2008</u> EUR	<u>2009</u> EUR	<u>2010</u> EUR	Abw. <u>2009/2010</u> TEUR
I. Einnahmen				
1. Ausbildungsumlage	99.965,20	52.919,00	52.865,25	0
2. Vermögenserträge	<u>925,09</u>	<u>669,49</u>	<u>105,78</u>	<u>-1</u>
Gesamteinnahmen	<u>100.890,29</u>	<u>53.588,49</u>	<u>52.971,03</u>	<u>-1</u>
II. Ausgaben				
1. Personalkosten/ Honorar Klausurersteller	1.718,90	3.332,00	0,00	-3
2. Verwaltungskosten	6.120,98	6.000,00	6.000,00	0
3. Anwalts-AG'en	73.533,28	67.331,99	56.093,78	-11
4. Sonstige Ausgaben	<u>71,60</u>	<u>226,55</u>	<u>7.681,71</u>	<u>7</u>
Gesamtausgaben	<u>81.444,76</u>	<u>76.890,54</u>	<u>69.775,49</u>	<u>-7</u>
III. Ergebnis	<u>19.445,53</u>	<u>-23.302,05</u>	<u>-16.804,46</u>	<u>-8</u>

Hanseatische Rechtsanwaltskammer
Erläuterungen zur
Einnahmen- und Ausgabenrechnung
der Umlage zur Finanzierung der anwaltsbezogenen Referendarausbildung
für das Geschäftsjahr 2010

I. Einnahmen

1. Ausbildungsumlage	<u>2008</u> EUR	<u>2009</u> EUR	<u>2010</u> EUR	Abw. <u>2009/2010</u> EUR
Umlagebeiträge ¹⁾	<u>99.965,20</u>	<u>52.919,00</u>	<u>52.865,25</u>	<u>-53,75</u>
2. Vermögenserträge	<u>2008</u> EUR	<u>2009</u> EUR	<u>2010</u> EUR	Abw. <u>2009/2010</u> EUR
<u>Zusammensetzung:</u>				
Zinserträge Girokonten	155,42	76,57	17,42	-59,15
Zinserträge Festgeld	769,67	438,46	0,00	-438,46
Zinserträge Cash-Konto	0,00	154,46	88,36	-66,10
	<u>925,09</u>	<u>669,49</u>	<u>105,78</u>	<u>-563,71</u>
Gesamteinnahmen	<u>100.890,29</u>	<u>53.588,49</u>	<u>52.971,03</u>	<u>-617,46</u>

¹⁾ Die jährliche Umlage beträgt 25,00 €; abgerufen wurden für 2008 = 12,00 €, 2009 = 6,00 €, 2010 = 6 € pro Kammermitglied.

II. Ausgaben

1. Personalkosten/Honorar Klausurersteller	<u>2008</u>	<u>2009</u>	<u>2010</u>	Abw.
	EUR	EUR	EUR	<u>2009/2010</u>
				EUR
Klausurersteller ²⁾	<u>1.718,90</u>	<u>3.332,00</u>	<u>0,00</u>	<u>-3.332,00</u>
2. Verwaltungskosten	<u>2008</u>	<u>2009</u>	<u>2010</u>	Abw.
	EUR	EUR	EUR	<u>2009/2010</u>
				EUR
Pauschalaufwand für Kammergeschäftsstelle	<u>6.120,98</u>	<u>6.000,00</u>	<u>6.000,00</u>	<u>0,00</u>
3. Anwalts-AG`en	<u>2008</u>	<u>2009</u>	<u>2010</u>	Abw.
	EUR	EUR	EUR	<u>2009/2010</u>
				EUR
<u>Zusammensetzung:</u>				
Einführungs-AG	51.213,43	47.207,77	45.276,42	-1.931,35
Wahlpflicht-AG	16.577,85	18.324,22	10.817,36	-7.506,86
Tandem-AG	5.742,00	1.800,00	0,00	-1.800,00
	<u>73.533,28</u>	<u>67.331,99</u>	<u>56.093,78</u>	<u>-11.238,21</u>
4. Sonstige Ausgaben	<u>2008</u>	<u>2009</u>	<u>2010</u>	Abw.
	EUR	EUR	EUR	<u>2009/2010</u>
				EUR
<u>Zusammensetzung:</u>				
Buchführungskosten	71,60	73,55	72,85	-0,70
Sonstige Kosten	0,00	153,00	7.608,86 ³⁾	7.455,86
	<u>71,60</u>	<u>226,55</u>	<u>7.681,71</u>	<u>7.455,16</u>
Gesamtausgaben	<u>81.444,76</u>	<u>76.890,54</u>	<u>69.775,49</u>	<u>-7.115,05</u>
III. Ergebnis	<u>19.445,53</u>	<u>-23.302,05</u>	<u>-16.804,46</u>	<u>-7.732,51</u>

2) In 2008 wurden von 2 Rechtsanwälten und in 2009 von 4 Rechtsanwälten die sogenannte Anwaltsklausuren im 2. Staatsexamen erstellt. In 2010 wurden keine sogenannten Anwaltsklausuren erstellt.

3) Kosten für Neudruck Broschüren "AG Rechtsanwaltsberuf".

Anlage 7

Hanseatische Rechtsanwaltskammer
Bestandsentwicklung der liquiden Mittel
der Umlage zur Finanzierung der anwaltsbezogenen Referendarausbildung
im Geschäftsjahr 2010

	Stand am 31.12.2009	Stand am 31.12.2010
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Guthaben bei Kreditinstituten:		
Girokonto	1.550,63	757,81
Festgeldkonten	0,00	0,00
Cash-Konto	<u>25.554,46</u>	<u>9.542,82</u>
	27.105,09	
Ausgabenüberschuss für das Geschäftsjahr 2010	<u>-16.804,46</u>	
	<u>10.300,63</u>	<u>10.300,63</u>

Anlage 8

Hanseatische Rechtsanwaltskammer
Haushalt und Planung der Umlage zur Finanzierung
der anwaltsbezogenen Referendarausbildung
für die Geschäftsjahre 2010 bis 2011

	2010 EUR (Ist) mit Umlage 6 €	2011 EUR (Plan) mit Umlage 6 €
I. Einnahmen		
1. Ausbildungsumlage	52.865,25	55.800,00
2. Vermögenserträge	<u>105,78</u>	<u>0,00</u>
Gesamteinnahmen	<u><u>52.971,03</u></u>	<u><u>55.800,00</u></u>
II. Ausgaben		
1. Honorar für Klausurerstellung	0,00	1.000,00
2. Verwaltungskosten	6.000,00	6.000,00
3. Anwalts-AG'en		
Einführungs-AG	45.276,42	48.000,00
Wahlpflicht-AG	10.817,36	12.000,00
Tandem-AG	0,00	3.000,00
4. Sonstige Ausgaben	<u>7.681,71</u>	<u>500,00</u>
Gesamtausgaben	<u><u>69.775,49</u></u>	<u><u>70.500,00</u></u>
III. <u>geplanter Ausgaben-/Einnahmenüberschuss</u>	-16.804,46	-14.700,00
IV. Vermögen:		
Bestand 01.01.2010		10.300,63
geplanter Ausgaben- und Einnahmenüberschuss		<u>-14.700,00</u>
Saldo 31.12.2011 (geplant)		<u><u>-4.399,37</u></u>